

## **Sozialistische Studiengruppen (SOST)** **Eine linke Alternative zum gescheiterten 'Modell Deutschland' ?**

### **1.**

Die sozialistischen und kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik sehen sich mit einer eigentümlichen Konstellation im politischen Raum konfrontiert. Auf der einen Seite steht die Drohung eines konservativen Sanierungsmodells für Wirtschaft und Gesellschaft, das auf Einfrieren bzw. Kürzung aller Elemente des Soziallohns zielt, eine rigorose Stützung von Leistung und Eigentum gegenüber sozialen Interessen betreibt, errungene Fortschritte im Bildungswesen zugunsten traditioneller und rückschrittlicher Normen und Werte niederreißen will, und das den autoritären, repressiven Einsatz staatlicher Gewalt gegen oppositionelle Strömungen zweifelsfrei ankündigt. Auf der anderen Seite steht die Sozialdemokratie bzw. der hegemoniale Block sozialliberaler Strömungen mit einer bislang immer noch erfolgreichen Politik der Verteilung von Krisenlasten und der Mängelverwaltung, aber ohne alternative Konzeption zur nachhaltigen Aktivierung des Wirtschaftswachstums und zur Lösung der anwachsenden sozialen Probleme. Die Sozialdemokratie verfügt weder über eine Analyse der gegenwärtigen Situation noch über Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft jenseits der *Hoffnung* auf die Wirksamkeit der kapitalistischen Marktkräfte. Angesichts der Alternative: perspektiv- und alternativlose Fortsetzung sozialliberaler Mängelverwaltung oder konservative Austeritätspolitik ohne Gesellschaftsreformen, sind die unabhängigen Linken in der BRD zur Selbstkritik herausgefordert und mehr und mehr auf ihre eigene Kraft verwiesen. Die Frage ist, ob die sozialistischen und kommunistischen Strömungen in einer Sammlungsbewegung eine eigenständige, alternative politische Konzeption erarbeiten können, die massenwirksam ist, d. h. die realistische konkrete Vorschläge zur Reform gesellschaftlicher Strukturen und zur Lösung von Problemen einschließt. Die Frage ist, ob die Linken in der Herausbildung von Protestpotentialen unter der Jugend, unter der sozialdemokratisch hegemonisierten Gewerkschaftsbewegung und unter den ökologischen Kräften eine sozialistische Orientierung verankern und die Bewusstseinsveränderungen in diesen sozialen Bewegungen mit Optionen für antikapitalistische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur verknüpfen können.

Doch können die Linken sich selber darüber verständigen, daß nur durch eine selbständige Entwicklung programmatischer Alternativen das politische Kräfteverhältnis aufgebrochen und eine gefährliche Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen verhindert werden kann? Gegen die Option für eine eigenständige sozialistische Sammlungsbewegung melden Teile der Linken – auch unter weitgehender Zustimmung zur Analyse unserer Situation – erhebliche Bedenken an. Das Erbe der Spaltung der Arbeiterbewegung sei in der Bundesrepublik die breite organisatorisch-politische Einheit der Arbeiterbewegung in Gestalt der Einheitsgewerkschaft und der großen sozialdemokratischen Partei. Selbst wenn die relative politische Einheit der Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischem Vorzeichen stünde, sei die überwiegende Vertretung der Arbeiterbewegung in einer Partei eine Wert

für sich. Für eine sozialistische Option sei es zwar erforderlich, schrittweise innerhalb der Sozialdemokratie eine Neuorientierung der Partei in Richtung auf konsequent fortschrittliche Politik zu bewirken. So langsam und umständlich dieser Prozeß auch verlaufe, er sei allemal realistischer und mit weniger Gefahren für die Einheit der Arbeiterbewegung verbunden als jeder denkbare politisch-organisatorische Bruch mit der Sozialdemokratie. Wir halten die Erwartung einer Erneuerung der Sozialdemokratie aus eigener Kraft für unrealistisch. Für uns ist nicht die Existenz und das gleichberechtigte politische Wirken der Sozialdemokratie, wohl aber ihre hegemoniale, die Spaltung der Arbeiterbewegung fortsetzende Rolle ein Hindernis für eine Aktionseinheit aller politischen Strömungen der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der 80er Jahre. Eine sozialistische Alternative dagegen könnte die Blockade von Gesellschaftsreformen, die mit dem Scheitern des 'Modell Deutschland' entstanden ist, aufbrechen. Die folgende Analyse des 'Modell Deutschland' soll diese Argumente verdeutlichen.<sup>1</sup>

## *2. Restauration des Kapitalismus und die Krise der bürgerlichen Hegemonie*

Die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik<sup>2</sup> und damit die Restauration der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland ist durch eine beispiellose wirtschaftliche Prosperität gekennzeichnet, die den unionsgeführten bürgerlichen Regierungen einen sehr weiten Spielraum zur Förderung der Einkommens- und Lebensverhältnisse und für offensive Sozialpolitik ließ. Diese Politik war außerordentlich erfolgreich; dennoch bricht Mitte der 60er Jahre der etablierte hegemoniale Block der bürgerlichen Kräfte auseinander und muß nach einer kurzen Zwischenperiode (Große Koalition) einem neu strukturierten Block sozialer Kräfte weichen, die sich unter die politische Hegemonie der Sozialdemokratie stellen. Wie ist es zu dieser Umgruppierung im politischen Raum gekommen und welches Erbe hat die sozialdemokratische Hegemonie damals angetreten?

Die CDU/CSU hat nach ihrer Gründung sich sehr rasch zur führenden Partei innerhalb des bürgerlichen Blocks entwickelt und fast alle – nach dem Krieg noch selbständigen – bürgerlichen politischen Strömungen assimiliert. Bereits 1957 gewinnt die CDU/CSU in allgemeinen Wahlen die absolute Mehrheit und koalitiert mit der bürgerlich-liberalen (d.h. antiklerikalen) FDP. Der hegemoniale Block unter Führung der CDU/CSU erreichte und konsolidierte seine Macht und Festigkeit durch eine Restaurationspolitik, die a) in ihrer hauptsächlichlichen Stoßrichtung auf die Unterstützung der Marktkräfte, der Privatinitiative (Leistung) und der Eigentumbildung zielte, b) gerade die besonders von Kriegsfolgelasten betroffenen Bevölkerungsteile materiell entschädigte und c) eine schrittweise materielle Besserstellung der Lohnabhängigen durch offensive sozialpolitische Maßnahmen betrieb. Daß dies alles zugleich möglich war, lag an der sehr günstigen Wirtschaftsentwicklung. Die ersten beiden Wirtschaftszyklen in der Nachkriegszeit gehen mit Wachstumsraten des Sozialprodukts einher, die seitdem unübertroffen sind. Die immense Arbeitslosigkeit kann schrittweise abgebaut werden und die Erwerbsquote der Bevölkerung steigt. Die rasche Kapitalakkumulation und eine (von den Alliierten 1945 festgelegte) hohe Steuerlastquote<sup>3</sup> verschafften der Regierung viel Spielraum zum Eingriff in die Distributionsverhältnisse. Der Staat verfügte über einen ansehnlichen Teil des Primäreinkommens der Gesellschaft, den er umverteilen konnte, und er besaß große Möglichkeiten, mittels der Steuergesetze-

bung großzügig zu subventionieren, ohne sofort größere Staatsschulden zu kumulieren. Auf dieser Basis wurden gravierende *Veränderungen in der Sozialstruktur* entweder gefördert oder ihre unangenehmen und nachteiligen Konsequenzen abgemildert, um in dem einen wie in dem anderen Fall die Integration der betroffenen Bevölkerungskreise zu unterstützen. Erstens mußten 12 Mio. Flüchtlinge, *Vertriebene*, Umsiedler usw. integriert und aus ihrer z.T. oppositionellen politischen Haltung (BHE) gelöst werden. Zweitens mußte der beschleunigt stattfindende Ruin der *traditionellen Mittelklassen* (Bauern, Handwerker, Kleinhändler) durch gezielte Subvention des 'Mittelstands' so gemildert werden, daß anti-kapitalistische Tendenzen nicht entstehen. Die Strukturumwandlungen der landwirtschaftlichen Betriebe insbesondere mußte gefördert werden. Schließlich warfen auch die Veränderung der Klassenverhältnisse bei den *Lohnabhängigen* Probleme auf; der Anteil der lohnabhängigen Mittelklassen, insbesondere der beim Staat beschäftigten Angestellten und Beamten wächst kontinuierlich; der industrielle Sektor der Gesellschaft und damit die Zahl der produktiven Arbeiter werden erweitert, während zugleich der Anteil der von ihnen miternährten *Nichterwerbspersonen* (Auszubildende, Rentner) steigt. Umstrukturierungen von Branchen und Arbeitsplätzen, Einkommensansprüche und Erwartungen an soziale Leistungen mußten erfüllt bzw. gewährleistet werden.

Die Beseitigung der Kriegsfolgen, die materielle Eingliederung der Bevölkerung und eine Redistributionspolitik, die die Folgen der Veränderung der Klassenstruktur (Erwerbswechsel, Deklassierung) abmilderte, geschah nicht gegen marktwirtschaftliche Gesetze, sondern stützte Eigentum, Leistung und Wettbewerb. Weil die Steuersätze ursprünglich sehr hoch angesetzt waren, konnten durch ausgefeilte Steuergesetze schrittweise mittlere und hohe Einkommen entlastet werden; mit Hilfe der Veränderung des Steuerrechts werden auch industrielle Investitionen und Vermögenskonzentrationen gefördert; nicht in breiter Streuung, sondern gezielt werden auch Steuererleichterungen zugunsten niedriger Einkommen getroffen. Die staatlichen Transfermaßnahmen zielen vor allem darauf, die private Reproduktion der Familien, also Einkommen und privaten Konsum, zu stabilisieren und zu verbessern, den Verlust von Eigentum und Vermögen durch den Krieg durch staatliche Zahlungen zu kompensieren und die Bildung von Wohneigentum, Sparguthaben und Vermögen zu fördern. Vom Vertriebenengesetz über die verschiedenen Wohnungsbaugesetze, von den 'Grünen Plänen' für die Umstrukturierung der Landwirtschaft bis zu den Gesetzen zur Förderung von Vermögensbildung, lassen sich alle Strategien der CDU/CSU darin zusammenfassen, daß die Privatinitiative und die »Leistung« gestützt wurde, daß die Bildung von mehreren Einkommen und von Kleineigentum in den Familien gefördert wurde, und daß Klassen und Schichten Anteile an Vermögenseinkommen erreichen konnten, die ihnen bisher versperrt waren. Zwar schuf die CDU/CSU mit dem Rentenversicherungsgesetz von 1957 und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1961 zwei noch heute maßgebliche sozialpolitische Errungenschaften – insgesamt aber beruhte ihre Integrationspolitik nicht hauptsächlich auf der Ausweitung von Elementen des Soziallohns und der Schaffung vermehrter sozialer Dienstleistungen, sondern war dagegen direkt auf die Etablierung der Marktgesetze (Leistung, Primäreinkommen, Vermögen) gerichtet. »Seit den fünfziger Jahren geht eine konservativ orientierte Sozialpolitik von der Grundannahme aus, daß bei wirtschaftlichem Wachstum der Bedarf an sozialen Leistungen ständig abnehmen und der einzelne in zunehmendem Maße durch 'Selbstvorsorge' die Verantwortung für die Risiken des Daseins übernehmen könne.«<sup>3a</sup> Die steuerlichen Subventionspolitiken für Problemgruppen und auch die staatlich beeinflusste Wohnungsbaupolitik war durchgängig darauf

angelegt, wieder überflüssig zu werden und einem 'freien' Funktionieren des Marktes Platz zu machen.

Diese Politik war in den 50er und Anfang der 60er Jahren in der Lage, auch diejenigen Interessen zu repräsentieren, die von der starken Veränderung der Sozialstruktur nach dem Krieg betroffen waren. Erstens verzeichnen wir in diesen Jahren einen Schrumpfungsprozess der traditionellen Mittelklassen, d. h. der kleinen Selbständigen in Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen. Dieser Schrumpfungsprozess beschleunigt sich noch in den 60er Jahren; ein Viertel der vorhandenen selbständigen Existenzen auf Basis von Kleineigentum werden in diesem Jahrzehnt ruiniert. Zweitens kehrten Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen und Heimkehrern in die Bundesrepublik zurück, die zumeist nicht nur ihre Wohnung und ihren Lebensumkreis, sondern auch ihren erlernten Beruf und soziale Stellung verloren hatten. Drittens strömten vor allem in den 60er Jahren, bedingt durch den schrittweisen Ausbau des Öffentlichen Dienstes und durch den Aufbau und die Entwicklung des gegliederten Bildungswesens, wachsende Teile der Bevölkerung – vor allem vorher Nichterwerbstätige – in Ausbildungs- bzw. Erwerbsplätze, die vom Staat finanziert wurden, gute Arbeitsplatzsicherheit boten und sozialen Aufstieg ermöglichen sollten; auch diese Veränderung der Sozialstruktur wurde ausgangs der 60er Jahre noch beschleunigt.<sup>4</sup> Die Politik der CDU/CSU fiel in eine lange Periode wirtschaftlicher Prosperität mit von Wirtschaftszyklus zu Wirtschaftszyklus beschleunigt wachsendem Sozialprodukt, an dem breite Teile der Bevölkerung mit einer relativ raschen Verbesserung ihrer Einkommens- und Lebensverhältnisse partizipierten.<sup>4a</sup> Vor diesem Hintergrund unterstützte die CDU/CSU-Politik die Veränderung der sozialen Stellung bestimmter Teile der Bevölkerung, vermied oder linderte individuelle Notlagen und Erscheinungen krasser Deklassierung, und band so schrittweise, aber schließlich zum überwiegenden Teil die heterogenen Interessen der betroffenen Bevölkerungsschichten in ihren hegemonialen Block ein. Die Veränderungen in der Klassenstruktur mußten sich aber im Laufe der Zeit für die CDU/CSU und für den Koalitionspartner FDP als Änderung in den Bedingungen ihrer politischen Wirksamkeit geltend machen. Beide Parteien, CDU/CSU wie auch damals die FDP, hatten ihre traditionelle soziale Basis auch in den Klassen, die nun einem beschleunigten Ruinierungsprozess unterworfen wurden; der Schrumpfungsprozess der traditionellen Mittelklassen verringerte deshalb gleichzeitig den Raum für zwei Parteien; die FDP, damals vor allem Repräsentant der protestantischen kleinen und mittelständischen Existenzen, stand zuerst und am deutlichsten vor dem Erosionsprozess ihrer angestammten sozialen Basis. Aber auch für die CDU/CSU lief die Fortsetzung ihrer Politik auf eine Zerrüttung ihres hegemonialen Einflusses hinaus. Je besser und reibungsloser es in der Vergangenheit gelungen war, die Umwälzungen in der Klassenstruktur unter Kontrolle zu halten, umso eher waren die neugebildeten Schichten und Klassenabteilungen nun in der Lage, ausgehend von ihren neuen oder veränderten Arbeits- und Lebensverhältnissen Bedürfnisse zu entwickeln und Ansprüche an staatliche Politik zu stellen. Je mehr sich das Lohneinkommen und damit der Lebensstandard der Lohnabhängigen verbesserte, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit vermindert wurden, Freizeit und Erholung zunahmen, umso rascher entstanden soziale Interessen und Bedürfnisse, die sich nicht nur auf Arbeit und Einkommen, sondern auch auf den privaten Lebensraum und die soziale Sicherung außerhalb der Arbeit bezogen. Die CDU/CSU lief mit der Fortsetzung ihrer Erfolgspolitik Gefahr, einerseits einen Teil der Klientel zu verlieren, die am meisten von ihr profitiert hatten, und zwar deshalb, weil sie die weitergehenden Interessen und Bedürfnisse dieser Schichten nicht erkannte und mit

der allein auf Marktkräfte und Leistung gerichteten Konzeption auch nicht befriedigen konnte. Andererseits entwickelten sich gesamtgesellschaftlich im privaten Bereich, in den öffentlichen Diensten und in den sozialen Institutionen zu lösende Probleme und zu beseitigende Mängel, für die eine staatliche Steuerung, ein Programm benötigt wurde.

Hinzu trat, daß die CDU/CSU zu keinem Zeitpunkt eine Politik der Veränderung von sozialen Antagonismen betrieben, sondern bewußt die Reproduktion der sozialen Ungleichheit in Kauf genommen hat. Eine Verschlechterung der ökonomischen Situation der Bundesrepublik mußte eine Abkehr von dieser Politik in Gang setzen. Vor allem aber verkannten die Konservativen das Ausmaß der Entwicklung von neuen Bedürfnissen, die sich mit der Beseitigung der Kriegsfolgen, mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und mit der Veränderung in der Klassenstruktur ergab.<sup>5</sup> Mit dem Anwachsen der nichterwerbstätigen Bevölkerung entwickelten sich auch quantitativ die Bedürfnisse der Heranwachsenden und der älteren Bevölkerung, ganz zu schweigen von den qualitativ weiterentwickelten sozialen Bedürfnissen, die mit der sichtbaren Vergrößerung des gesellschaftlichen Wohlstands geltend gemacht werden. Es steigen die Ansprüche an die Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung der Lohnabhängigen und damit an institutionelle Gelegenheiten zum sozialen Aufstieg. Verschiebungen im Verhältnis von Arbeits- und Nichtarbeitsbereich, die Freizeit des Lohnabhängigen, die er nicht mehr nur zum Ausgleich seiner Erschöpfung oder für zusätzliche Erwerbstätigkeit zur Stabilisierung des Haushaltseinkommens verwenden muß, wecken Bedürfnisse, die über die Erweiterung des privaten Konsums hinausgehen und soziale Einrichtungen mit Freizeitwert erforderlich machen. Auch der Mangel von anderen Institutionen des sozialen Konsums und Elementen des Soziallohns im Gesundheitswesen und in der Familienpolitik werden immer deutlicher. Schließlich erweitern sich auch die Bedürfnisse, mehr und besser als bislang am kulturellen und wissenschaftlichen Reichtum der Gesellschaft teilzunehmen. Der »Bildungshunger« von sozial schlechter gestellten Teilen der Lohnabhängigen einerseits, die Erwartungen der Kulturschaffenden, der Erzieher, Wissenschaftler usw. andererseits erfordern die Bereitstellung von materiellen Ressourcen, die Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen für intensivere wissenschaftliche oder kulturelle Aktivitäten.

Das Konzept der CDU/CSU unterschätzte das Gewicht und den Effekt der Veränderungen in der Sozialstruktur, das Entstehen neuer Bedürfnisse auf der Grundlage relativer ökonomischer Stabilität und die Sprengkraft der sozialen Antagonismen, die durch die auf Leistung und Marktkräfte ausgerichtete Politik noch befördert wurden. Die Politik des Steuerverzichts zugunsten der Redistribution von Einkommen für mittlere und gut verdienende Einkommensempfänger reduzierte außerdem schrittweise die Ressourcen, die für eine Lösung der Probleme erforderlich sind; eine Verschlechterung der ökonomischen Situation der BRD konnte so rasch zum Anlaß werden, die Realitätsuntüchtigkeit des konservativen Konzepts augenscheinlich zu machen. Dies ist 1966/67 der Fall.

Die Krise der Hegemonie wird dadurch ausgelöst, daß der Konsens der unterschiedlichen sozialen Gruppierungen bricht, weil die CDU/CSU bestimmte Interessen in ihrem politischen Konzept nicht mehr repräsentieren und binden kann. Bereits in der Bundestagswahl von 1965 wandern vor allem Angestellte und Beamte von der FDP, dann auch von der CDU/CSU ins Lager der Sozialdemokratie, größere Teile der Klientel unter dem 'neuen Mittelstand' folgen. In der nach der Großen Koalition folgenden Polarisierung der Politik zwischen SPD und CDU/CSU setzt sich auch in bisher eher konservativen Bevölkerungskreisen eine größere Reformbereitschaft durch. Die SPD hat zu dieser Zeit ein *Kon-*

zeit, um die aus dem alten hegemonialen Block bröckelnden Bevölkerungsschichten in ihren neuen sozialen Block einzubinden.

Fazit: Der soziale Block bürgerlicher Kräfte unter Hegemonie der CDU/CSU bricht trotz nach wie vor günstiger ökonomischer Entwicklung auseinander, weil FDP und CDU/CSU im Zuge der Veränderung der Klassenstruktur eine Verengung ihrer traditionellen sozialen Basis hinnehmen müssen und weil beide Parteien die durch ihre Politik gestützte Entwicklung der Bedürfnisse nicht mehr politisch einbinden können. Das Konzept der christlichen Union beruhte und erschöpfte sich im Prinzip der Subsidiarität – »Hilfe zur Selbsthilfe«; damit waren die aufgelaufenen Probleme nicht zu bewältigen. Die Bedürfnisse aufgrund des gewachsenen Lebensstandards der Lohnabhängigen, der Verschiebung in der privaten Reproduktion (Nichtarbeit, Freizeit), die Differenzierung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers und die Interessen im Bildungsbereich (z.B. Hochschulreform) und im Sektor der sozialen Sicherung (z.B. Ausbau des Gesundheitswesens) werden von der politischen Orientierung des konservativen Blocks nicht mehr abgedeckt. Die Politik von »Leistung und Marktkräften« statt »Soziallohn« ist am Ende.

### 3. *Das Modell Deutschland der SPD*<sup>6</sup>

Der mangelnde Ausbau der sozialen Leistungen und die Unfähigkeit einer programmatischen Veränderung der Politik führte zu einer ideologischen Krise der alten Hegemonie, vor allem in den Schichten der Mittelklassen. Die SPD bot ein Programm zur Lösung offener ökonomischer und sozialer Probleme an: Ausbau des sozialen Konsums, mehr soziale Gerechtigkeit, Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen in der staatlichen Konjunkturpolitik, eine realistischere Außenpolitik und eine Finanzierung von öffentlichen Vorhaben, die von kräftigen Wachstumsraten des Sozialprodukts ausging. Dieses Konzept war verbunden mit dem vorläufigen Abschluß eines Anpassungsprozesses der SPD an die Politik der prinzipiellen Stützung des kapitalistischen Gesellschaftssystems, der mit dem Godesberger Parteitag zur mehrheitlichen Parteilinie wurde. Das Programm der Sozialdemokratie lautete nun: Wir stellen uns unter das Dach der sozialen Marktwirtschaft und verfolgen die gleichen gesellschaftlichen Ziele wie die bürgerlichen Kräfte; aber wir können besser regieren, weil wir ein Programm zur Veränderung gewachsener Gesellschaftsstrukturen haben und Reformen konzipieren. Voraussetzung für den Wechsel der Hegemonie war neben dem Anpassungsprozeß und dem Programm der Sozialdemokratie die erfolgreiche Umstrukturierung der Wählerbasis der FDP; die FDP hatte durch Betonung der Notwendigkeit von Reformen im Bildungswesen, von Modernisierung in der sozialen Infrastruktur und im öffentlichen Dienst von der Erweiterung der Qualifikationsmöglichkeiten für Leistungswillige, ihre soziale Klientel umgruppieren können. Vor allem höherqualifizierte Angestellte und Beamte, also besser bezahlte Teile der neuen Mittelklassen, bildeten nun die hauptsächlich soziale Basis der Freien Demokraten. Mit Ausnahme des Bildungswesens dominierte aber in dem neugebildeten hegemonialen Block das sozialdemokratische Reformkonzept. Wie sah ihre Reformpolitik unter dem Dach der sozialen Marktwirtschaft aus und warum war sie nach etwas mehr als einem halben Jahrzehnt zu Ende?

### 3.1. Reformen

Das Programm der Sozialdemokratie, das sie mit dem Koalitionspartner FDP weitgehend verwirklichen wollte, lautete: wenn in den ökonomischen Beziehungen der Gesellschaft die Lohnabhängigen gegenüber der Macht des Kapitals beständig soziale Ungleichheit, Ungechtigkeit und Benachteiligung erfahren, so handelt es sich um einen zu beseitigenden Widerspruch zu den verfassungsmäßig garantierten Prinzipien der politischen Demokratie. Den Staatsbürgerrechten des einzelnen – Freiheit, Gleichheit, das Recht auf Eigentum und Menschenwürde – muß in den ökonomischen und sozialen Lebensverhältnissen, wo sie weitgehend noch keine Anwendung finden, zum Sieg verholfen werden. Das Ziel ist die Etablierung und Verwirklichung der politischen Demokratie für alle Lebensbereiche, das Mittel ist die Regierungsgewalt. Reformierung an den Gliedern des bürgerlichen Systems, mehr Demokratie für alle Lebensbereiche, Solidarität, d.h. sozialen Schutz für Kranke, Schwache, Benachteiligte, Randgruppen etc. heißen die zentralen Programmpunkte. Die Umsetzung dieses Programms in ein Reformprogramm bis zu dem Jahr 1974 enthielt tatsächlich mehr als nur bloße Einkommensumverteilungsmaßnahmen. Vor dem Hintergrund massiver Steigerung der Mehrwert- und Profitraten, des entschiedenen Kampfes der Gewerkschaften für eine verbesserte Verteilungsrelation zwischen Lohn und Profit (der durch die günstige Konjunkturlage erfolgreich verläuft), werden sozialpolitische Maßnahmen gesetzlich verankert bzw. durch Tarifvertrag fixiert, die zusammengenommen einen erheblichen Ausbau des Soziallohns, eine Ausgestaltung der sozialen Dienstleistungen und eine Verbesserung der sozialen Sicherheit darstellen. Im Zentrum der Reformmaßnahmen stehen Reformen des Rentensystems und der Krankenversicherung, Schutzgesetze für spezifisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen (Jugend, Schwerbehinderte, Unfallkranke usw.), der Ausbau des Kindertagesstätten-, Schul- und Bildungswesens und schließlich auch Ansätze zur Reform der industriellen Beziehungen (Maschinenschutz, Arbeitssicherheit, Humanisierungsdiskussion). Zum Gesamtkomplex der inneren Reformen tritt eine schrittweise Entkrampfung des außenpolitischen Verhältnisses mit den sozialistischen Ländern und eine 'Normalisierung' des bis dahin kräftigen Antikommunismus. Der schrittweise Wandel durch außenpolitische Annäherung unterstützt zugleich das innenpolitische Reformklima. Der Schwerpunkt der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition lag aber eindeutig auf dem Feld der Sozialpolitik; und hier nicht in den später so begehrten wie raren 'kostenneutralen' Reformen, sondern in tatsächlichen materiellen Veränderungen auf dem Gebiet des Soziallohns und der sozialen Dienstleistungen. In direkter Absicht oder als mittelbare Folge von Reformmaßnahmen wurden Anlagen und Institutionen in denjenigen (unproduktiven) Sektoren der Gesellschaft erweitert, die für ihren Unterhalt die Produktion des materiellen Reichtums voraussetzen (z.B. alle staatlichen Dienstleistungen); auch der dort beschäftigte Personalbestand (z.B. Krankenschwestern) wurde ausgedehnt. Schließlich trug die Reformpolitik auch mittelfristig zur Veränderung der Sozialstruktur der Gesellschaft bei, und zwar auch abgesehen von dem im öffentlichen Dienst beschäftigten Personal: die relative Zahl der in Schule oder Ausbildung befindlichen Personen im Vergleich zu den Erwerbstätigen wächst ebenso wie der Teil der älteren Generation, der aufgrund von Verbesserungen des Rentensystems (flexible Altersgrenze z.B.) längere Zeit im Alter von der Rentenrevenue leben kann. Durch den personellen Ausbau des öffentlichen Dienstes, durch die Erweiterungen des Bildungssystems und den Ausbau des Systems der sozialen Sicherung kommt es insgesamt zu einer bedeutenden Ausdehnung des unpro-

duktiven Sektors der Gesellschaft und einer Gewichtsverlagerung der sozialen Entwicklung auf abgeleitete, außerhalb der Kernstrukturen der Produktion und der Primäreinkommen liegende Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Das veränderte Klima in der Innenpolitik, Ansätze zur Kulturreform und bildungspolitische Fortschritte tragen neben mehr Freizeit und größerem Einkommen auch zum Wachstum des Anteils der Lohnabhängigen an immateriellen Produkten und Aktivitäten bei.

Ein geplanter Zusammenhang zwischen der Ausdehnung dieser Gesellschaftssektoren und der Entwicklung der produktiven Basis der Gesellschaft, oder eine Abstimmung der verschiedenen sektoralen Reformen aufeinander erfolgt genausowenig wie eine politische Wertung und zielgerichtete Prioritätenfestlegung der heterogenen Interessen einzelner sozialer Gruppen. Die Reformen folgen auf gut Glück der ökonomischen Prosperität, es sind spontane Reaktionen auf gesellschaftliche Veränderungen, und die unterschiedlichen Einzelinteressen werden im Wege des korporativen Kompromisses, d. h. der Befriedigung aller Interessen nach Maßgabe des finanziellen Spielraums, ausgeglichen.

### 3.2. *Modell Deutschland*

Der Terminus 'Modell Deutschland' wurde von der SPD für den Wahlkampf 1972 als *zusammenfassende Formel* ihres Regierungs- und Reformprogramms entwickelt. Die Formel 'Modell Deutschland' war deshalb kein bloßer Wahlslogan; die SPD versuchte vielmehr, in Schweden und Großbritannien entwickelte politische Strategien der dortigen sozialdemokratischen Parteien für den Ausbau des 'Wohlfahrtsstaats' in der Bundesrepublik anzuwenden. Die SPD war die *letzte* der großen europäischen sozialdemokratischen Parteien, die den Versuch machte, ein Reformprogramm für mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft innerhalb kapitalistischer Logik zu verwirklichen.

Es hat – wie oben gezeigt – zweifelsohne auch bis zum Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik eine soziale Entwicklung gegeben, und die Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands ist spezifisch gegenüber der der anderen europäischen Länder. Aber es wäre unangemessen, das Konzept der Unionsparteien bis Ende der 60er Jahre, weil es ebenfalls einige Jahre erfolgreich war, auch unter die Formel des 'Modell Deutschland' zu subsumieren. Das Reformkonzept der Sozialdemokratie beruhte nämlich auf drei charakteristischen Säulen: *Erstens* wurde die Regierungspolitik an die Voraussetzung stetigen Wirtschaftswachstums und schrittweiser Erhöhung der Staatsquote – des Anteils der Staatseinnahmen am geschaffenen Reichtum – geknüpft. Im 'Langzeitprogramm', dem Entwurf einer programmatischen Grundlage der Regierungspolitik für das kommende Jahrzehnt, ging die Partei von einem Wirtschaftswachstum zwischen 1970 und 1985 von 4,0 bis 5,5 % aus und von einer schrittweisen Erhöhung des Staatsanteils von 28 auf 34 %. *Zweitens* wurde die Befriedigung von einzelnen sozialen Interessen und die Verwirklichung von Reformzielen vorgeesehen, ohne daß ein Gesamtplan der Veränderung in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereichen, eine Abstimmung der Reformen untereinander erfolgte. Die Regierungspolitik ging von der Prämisse aus, daß Reformen und soziale Interessen dann und in der Reihenfolge befriedigt werden können, wie sie geltend gemacht werden und Geld zu ihrer Finanzierung vorhanden ist. Die nach Maßgabe der Finanzierungsmöglichkeiten sich ergebende *korporative* Zersplitterung der Reformziele, die mehr zufällige, ohne inneren geplanten Zusammenhang erfolgende Befriedigung von Einzel- oder Gruppeninteressen, war von

vornherein primäres Funktionsprinzip der sozialdemokratischen Reformpolitik. *Drittes* Kennzeichen des sozialdemokratischen Reformmodells ist es, daß es nicht mit einer Vorstellung von der Neustrukturierung der Produktionssphäre der Gesellschaft verbunden ist, sondern Reformen im Verteilungssystem und in abgeleiteten Gesellschaftssphären zum Ziel hat. Die sozialdemokratischen Programme zur technologischen Modernisierung und zur Umstrukturierung von industriellen Sektoren und Branchen waren Subventionskonzepte für gefährdete marktwirtschaftliche Bereiche zur Stützung ihrer Wettbewerbskraft; sie hatten mit der Veränderung der sozialen Strukturen der Produktion nichts im Sinn. Die angepeilten sozialen Reformen im Verteilungssystem zielen zwar auf die Abschaffung sozialer Ungleichheit und die Verwirklichung größerer sozialer Gerechtigkeit, sind aber bewußt nicht auf Veränderungen der Produktionsverhältnisse bezogen; die Beseitigung des sozialen Antagonismus innerhalb des Produktionssystems der Gesellschaft ist nicht Bestandteil sozialdemokratischer Regierungspolitik.

Die Erwartung der Sozialdemokratie, am Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in eine Periode konsolidierten ökonomischen Wachstums einzutreten, entsprach dem Augenschein und wurde auch von kritischeren Beobachtern geteilt. Die Bundesrepublik hatte 1967 einen scharfen rezessiven Einbruch der Konjunktur erlebt, der eine plötzliche Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe zur Folge hatte. Der folgende Wirtschaftsaufschwung bis 1974 übertraf alle Erwartungen und fegte die aufgetretenen sozialen Probleme rasch hinweg. Der normale zyklische Abschwung und Übergang in den nächsten Zyklus 1971/72 war für die Bundesrepublik derart gering ausgeprägt, daß selbst unter Marxisten zweifelhaft war, ob man nicht von 1967 bis über 1971/72 hinaus einen »Superboom« erlebte, der es fast sicher erscheinen ließ, daß die Bundesrepublik von gedrückteren Erwartungen auf dem Weltmarkt und von tiefen zyklischen Einschnitten der Konjunktur der anderen kapitalistischen Hauptländer verschont bleibt. Nicht nur der Sozialdemokratie erschien es plausibel, daß die Bundesrepublik in eine neuerliche Phase ökonomischer Prosperität eingetreten sei. Vor diesem Hintergrund war das sozialdemokratische Konzept, mittels einer – durch das Wirtschaftswachstum möglich gewordenen – kontinuierlichen Steigerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt nach und nach gesellschaftliche Reformen zu finanzieren, durchaus realistisch. Solange diese Voraussetzungen gegeben waren, konnte es einer auf soziale Reform programmatisch festgelegten Regierung gelingen, auch kostspielige Veränderungen von sozialen Verhältnissen anzupacken, ohne mit dem marktwirtschaftlichen Sektor in Konflikt zu kommen; die Liste der unter Führung der Sozialdemokratie begonnenen Reformen ist auch ganz beachtlich und hat zweifelsohne zur Verbesserung der sozialen Lage einer breiten Mehrheit der Lohnabhängigen geführt.

Aber die Erwartungen, das 'Modell Deutschland' konsolidieren zu können, waren auf Sand gebaut. Erstens, weil die ökonomische Position der BRD auf dem Weltmarkt zwar in dieser Periode (5. Zyklus 1967-71 und 6. Zyklus 1971-75) noch relativ stabil war, aber der Wirtschaftsaufschwung doch verdeckte, daß die Voraussetzungen der Prosperität in den 50er und 60er Jahren unwiederbringlich vorbei waren. Dem für die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnenden tendenziellen Fall der Profitrate kann durch beschleunigte Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entgegengewirkt werden, so daß die Masse des produzierten Mehrwerts den verschlechterten Verwertungsgrad kompensieren kann. Mit Beginn der 70er Jahre wachsen die Antagonismen der Distributionssphäre und die Disproportionen in der Produktion des Mehrwerts derart an, daß das Wachstum in der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nicht mehr wie bisher größer ist als

die Progression, mit der die Durchschnittsprofitrate fällt.

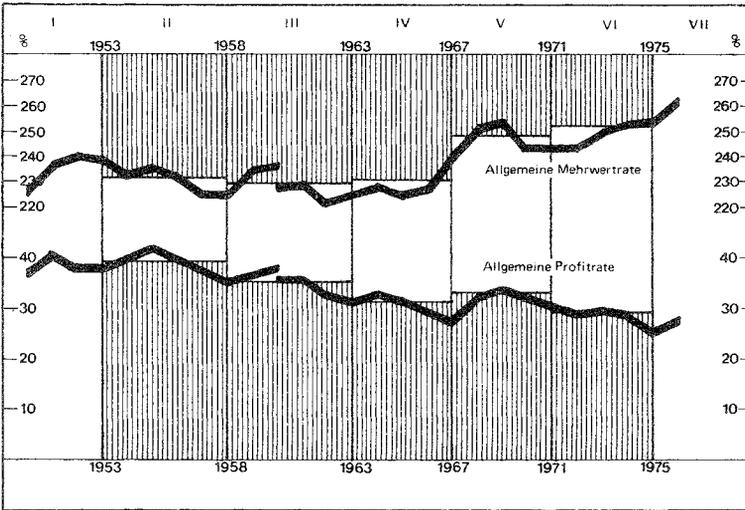


Abbildung: Maßbestimmungen der Verwertung

Quelle: SOST, Wirtschaftskrise und sozialistische Alternativen, Hamburg 1979, S. 26

Der Akkumulationstyp der Prosperitätsphase in der Bundesrepublik weicht also schrittweise den Bedingungen, die die Überakkumulation von Kapital kennzeichnen: der vorhandene industrielle Verwertungsgrad reicht nicht aus, um alle vorhandenen Kapazitäten in der Industrie auszunutzen, während umgekehrt Arbeitskräfte freigesetzt werden bzw. brachliegen. Das Modell Deutschland, auf scheinbar sicherem Fels gegründet, stand auf sinkendem und erodierendem Untergrund. Zweitens warf die Art und Weise sozialdemokratischer Reformpolitik, selbst abgesehen von der ökonomischen Grundlage, schwerwiegende Probleme auf. Der Mangel an Planung und Koordinierung der Reformen in einzelnen Sektoren der Gesellschaft, die korporative Zersplitterung der auf soziale Veränderung zielenden Interessen, mußte über kurz oder lang zu Disproportionen zwischen den betroffenen Interessen bzw. gesellschaftlichen Bereichen führen und zu einer Veränderung des Verhältnisses zwischen dem gesellschaftlichen System der Produktion und den abgeleiteten, sekundären gesellschaftlichen Bereichen, das nicht vorhergesehen und in seinen Konsequenzen deshalb nicht beherrscht war. Die Politik des Reformierens unterschiedlicher sozialer Strukturen 'auf gut Glück' brachte Ungleichgewichte hervor, deren Beherrschung wiederum zu riesigen Anstrengungen nötigte, die mehr den Charakter hastiger Reaktion hatten und deren Wirkung zweifelhaft blieb (Beispiel: Reform des Gesundheitswesens/ Krankenhausreform).

Das sozialdemokratische Reformkonzept, das als Modell Deutschland zusammengefaßt wurde, war deshalb wegen seines korporativen Charakters und wegen seines fehlenden

Rückbezugs zu den Produktionsverhältnissen schon zu dem Zeitpunkt perspektivlos, als die Rechnung mit dem wachsenden Staatsanteil noch aufging und Reformenerfolge möglich waren. Die Fortsetzung der sozialdemokratischen *Konzeption* war dann mit dem Ausbruch der veränderten Akkumulationsbedingungen des westdeutschen Kapitals 1974/75 vollends unmöglich geworden. Das 'Modell Deutschland' war damit definitiv zu Ende, weil das Programm, als dessen Etikett es fungierte, praktisch und ideologisch zusammengebrochen war.<sup>7</sup> Aus demselben Grund hat es und wird es kein an das deutsche Vorbild gelehntes 'Modell Spanien' u.ä. geben, solange die exzeptionellen Bedingungen der ökonomischen Situation der Bundesrepublik Anfang der 70er Jahre passé sind. Wer das 'Modell Deutschland' übertragen wollte, müßte ein abgeschlossenes Stück Geschichte auf fremdem Terrain zu neuem Leben erwecken wollen.

So ist das Modell Deutschland und sein Niedergang anders zu betrachten als in der Perspektive einer das westdeutsche »Exportmodell« (Esser u.a.) stützenden »Gesellschaftsformation«. Die lange Phase ökonomischer Prosperität, die für einige entwickelte kapitalistische Länder galt, muß erklärt werden können – was wir hier nicht beanspruchen. Aber mit dem definitiven Ende günstiger Akkumulationsverhältnisse der wichtigsten Nationalkapitale einschließlich der BRD ist nicht nur der spontanen Reformpolitik der Sozialdemokratie der Boden unter den Füßen entzogen; das Ende des 'Modell Deutschland' korrespondiert mit Verschiebungen in der politischen Konstellation der BRD, mit Brüchen bisheriger politischer Bindungen, Erodierung politischer Lager und der Herausbildung größerer Protestpotentiale gegen den gesellschaftlichen Zustand. Das Scheitern des Modells Deutschland geht mit verstärkter sozialer Veränderung und politischer Bewegung einher, so daß die Frage aufgeworfen wird, welche *zukünftigen* politischen Konstellationen und zu lösenden gesellschaftlichen Probleme sozusagen das 'Erbe' des Modells Deutschland bilden.

### 3.3. *Repression*

Das Modell Deutschland versprach allgemein ein Klima der Toleranz, der kritischen Offenheit und der Demokratisierung; und dennoch wurde im Gegenteil die Verstärkung repressiver Politik und die Diskriminierung sozialistischer und kommunistischer Kräfte ihr drittes Kennzeichen. Die SPD hatte in der Tat gegenüber der konservativen Nachkriegspolitik und der harten Unterdrückung oppositioneller Kräfte in den 50er und 60er Jahren die Liberalisierung der öffentlichen Diskussion und der politischen Verkehrsformen auf ihre Fahnen geschrieben – ohne sich vom Antikommunismus freimachen zu können und von der irrealen Vorstellung lösen zu können, die Sozialdemokratie sei die einzige demokratische politische Strömung der Arbeiterbewegung. Es waren im wesentlichen drei Gründe, die das Modell Deutschland zu einem Markenzeichen für Überheblichkeit, Intoleranz und auch Repression gegenüber oppositionellen linken Strömungen werden ließ. Erstens ist es der SPD an der Regierung nie gelungen, die staatlichen Apparate und insbesondere die verselbständigten 'Dienste' (MAD, Verfassungsschutz, Geheimdienst) unter Kontrolle zu bekommen; der bevorzugte Versuch, Regierungskontrolle über Verselbständigungstendenzen der staatlichen Apparate zu gewinnen, nämlich Führungspositionen in den Apparaten mit eigenen Parteigängern zu besetzen, funktionierte nicht, sondern wurde umgekehrt zur Quelle weiterer Verselbständigung durch Profilierungssüchte von selbsternannten Gemeinwohlverwehrem. Zweitens stand die SPD/FDP zunehmend vor dem objekti-

ven Problem, durch den föderativen Aufbau der Bundesrepublik und entsprechender legislativer und exekutiver Strukturen in den Ländern und im Bund (z.B. Bundesrat), verschärfte Gesetzesbestimmungen oder Ausführungsregeln sowie Kriminalisierungen von politischen Prozessen durch die CDU/CSU-Regierungen und Verwaltungen entweder hinnehmen zu müssen, oder in eine Logik des Zugzwangs zum Abbau demokratischer Rechte genötigt zu werden; dies ist in vielen Fällen gelungen, weil natürlich die SPD nie bereit war, von ihrem prinzipiellen Einverständnis mit dem bürgerlichen System abzurücken. Drittens wurde aber die Halbherzigkeit, die mangelnde Koordination und die Fehlerhaftigkeit der sozialliberalen Reformpolitik durch den Druck der konservativen Opposition selber zum Anlaß, einer Verschärfung der politischen und juristischen Behinderung der linken Opposition und einem Abbau demokratischer Rechte selber das Wort zu reden bzw. sie aktiv zu betreiben. Die Verschärfung der repressiven Politik diente als Verdrängung und als Alibi gegenüber den konservativen Kräften, die angesichts der Zerrüttung der Marktkräfte die 'Systemüberwinder' innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie kriminalisiert sehen wollten. Die Politik, 'zu weit gehende' Vorstellungen von Demokratie, Liberalität und Wirtschaftsreform zu behindern und ggfs. gesetzlich und polizeilich zu verfolgen, wenn die Opposition dazu nötigt, gewann mehr und mehr an verselbständigter eigengesetzlicher Dynamik, je mehr die Projekte des Modells Deutschland sich als Luftschlösser erwiesen. Das Modell Deutschland brachte so – gegen seine erklärten Absichten – einen Abbau rechtlicher und politischer Demokratie mit sich und eine Gewöhnung an – für Sozialdemokraten erschreckenden – Abbau von Sensibilität gegenüber den sozialen und politischen Problemen von Minderheiten. Neben dem Antikommunismus, neben dem durch die prinzipielle Verteidigung des bürgerlichen Systems ermöglichte Druck der konservativen Opposition und neben der als Erbe der Spaltung der Arbeiterbewegung fort-dauernden Überheblichkeit der Sozialdemokratie gegenüber sozialistischen und kommunistischen Strömungen der Arbeiterbewegung, ist die Ursache der durch die Sozialdemokratie aktiv betriebenen Veränderung der Verfassungswirklichkeit in den Widersprüchen ihrer Reformpolitik zu suchen.

### 3.4. *Krise der Hegemonie*

Mit der Wirtschaftskrise 1974/75 ist schon allein aus ökonomischen Gründen eine Fortsetzung des sozialdemokratischen Reformkonzepts unmöglich. Die zyklische Krise in diesen Jahren markiert den Übergang der Wirtschaft der Bundesrepublik in eine Periode der Überakkumulation, in der nicht genutzte Kapazitäten der industriellen Produktion mit der Freisetzung und dem Brachliegen von Arbeitskraft zusammenfallen; die Akkumulationskraft des Kapitals reicht deshalb nicht aus, um den Fall der Mehrwerttrate durch überproportionale Steigerung der Merwertmasse zu kompensieren und dadurch einen ausreichenden, sich selbst tragenden Aufschwung aus der Krise zu initiieren.<sup>8</sup> Zwar wächst das Bruttosozialprodukt in den nächsten Jahren wieder an, aber die Quote der Erhöhung des gesellschaftlichen Reichtums ist zu gering, um auf kapitalistischer Basis das Niveau und die Proportionen der Verteilung des Wertprodukts einfach fortführen zu können. Für eine Wiederbelebung *sozialdemokratischer* Reformpolitik besteht kein ökonomischer Spielraum mehr. Das Schwergewicht der staatlichen Politik verlagert sich zunächst unter Einfrieren oder Rücknahme sozialpolitischer Aktivitäten auf konjunkturstützende Maßnah-

men und auf Transferzahlungen, die das durch Millionenarbeitslosigkeit betroffene System der sozialen Sicherheit stützen. Seit 1974 hat die sozialliberale Regierung für *direkte* Konjunkturprogramme ca. 60 Mrd. DM<sup>8a</sup> und für Sozialmaßnahmen überhaupt insgesamt je nach Berechnungsart bis zu 200 Mrd. DM transferiert – immerhin ca. 1/6 des gesamten Brutto Produkts eines Jahres. Trotz dieser Bemühungen bleibt die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit knapp unter der Millionengrenze bestehen (die verdeckte Arbeitslosigkeit und die beseitigten Arbeitsplätze sowie die Abdrängung in perspektivlose Handwerksberufe eingerechnet, würde sich die Quote bestimmt auf über 2 Mio. summieren); weitere Ressourcen zur fiskalischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Konjunktur sind zwar im Haushalt vorhanden; aber erstens ist die Staatsverschuldung bereits sehr hoch; zweitens sind die Mittel, die zur staatlichen Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose nötig wären, riesig; drittens tangieren solche Maßnahmen andere Bereiche des Haushalts so gravierend, daß sie im Interesse des Kompromisses zugunsten von Wählerinteressen und Ressortegoismen und des Friedens mit dem Koalitionspartner unterbleiben müssen.

Nach Feststellung der Tatsache, daß der Konjunkturerinbruch von 74/75 nicht wie 1967 durch eine rasche und deutliche Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums überwunden werden kann, sondern daß die folgenden Wachstumsraten alle unterhalb der erhofften Margen liegen, richtet sich die SPD auf eine grundlegende Kurskorrektur ihrer Politik ein: seit mehreren Jahren werden erstens nicht nur sozialpolitische Reformen aufgeschoben (vor allem Bildung und Gesundheitswesen), sondern es findet auch eine Rücknahme bereits etablierter Elemente des Soziallohns und der sozialen Institutionen statt (z.B. die Abkehr von der bruttolohnbezogenen Rentenformel). Zweitens richtet sich die SPD-Politik generell darauf ein, in der Hoffnung auf eine irgendwann doch eintretende Wiederbelebung der spontanen Marktkräfte und einer prosperierenden Konjunktur Mängel im Gesellschaftssystem der BRD nicht mehr zu lindern oder zu beseitigen, sondern zu verwalten, d.h. die auftretenden Folgewirkungen und Krisenlasten so zu verteilen, daß die Betroffenen nicht offen Protest artikulieren. Diese Mängelverwaltung löst nicht nur keins der vorhandenen Probleme, sondern schafft durch das »unter-den-Teppich-kehren« auch neue. Zu dieser Mängelverwaltung gehört drittens die Befriedung unsicherer Kantonisten unter der SPD-Klientel mittels der Steuergesetzgebung und direkter Subventionen. Die sozialliberale Koalition muß bestimmten Teilen der Mittelklassen und spezifischen Gruppierungen der Lohnabhängigen Aktivitäten zur Stabilisierung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorweisen; da die Transferpolitik zugunsten dieser Schichten nur durch eine relative Belastung der unteren Einkommensschichten und durch weitere Einengung des fiskalischen Spielraums für Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen und Konjunkturprogramme zuwege gebracht werden kann, wird schrittweise der Zusammenhang der SPD-Politik mit den primären Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die nicht allein »pragmatisch« sondern auf Perspektiven in der Zukunft gerichtet sind, aufgelöst.<sup>9</sup>

Abgesehen von politischen Fehlern in der Auseinandersetzung mit der konservativen Opposition und abgesehen von der nicht wegzudiskutierenden Tatsache, daß die SPD keinesfalls alles Mögliche getan hat und tut, um die sozialen Konsequenzen der Wirtschaftsentwicklung abzufangen, – ist die Politik der SPD vor dem Hintergrund der in den Reformjahren geschaffenen Voraussetzungen ein unausweichlicher Prozeß und die Auflösung des von ihr geführten hegemonialen Blocks zwangsläufig. Die SPD hat die unproduktiven Sektoren und immateriellen Sphären der Gesellschaft ohne Zusammenhang und Abstimmung

mit einer Veränderung der Produktionsstrukturen spontan erweitert und steht jetzt in der Wirtschaftskrise vor dem Problem der relativen Verselbständigung einzelner Bereiche und der Disproportionen zwischen ihnen (z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen). Die SPD hat in der Phase der Hochkonjunktur mit gesellschaftspolitischen Maßnahmen Qualifikations-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse stabilisiert, und insbesondere Teilen der traditionellen und der lohnabhängigen Mittelklassen den größten Anteil und institutionelle Garantien ihres Aufstiegs geboten; die SPD steht jetzt vor dem Problem, daß diese Gruppierungen trotz veränderter ökonomischer Gesamtlage auf die ihnen garantierte oder versprochene Zukunft nicht einfach verzichten wollen. Die SPD hat eine in den Prosperitätsphasen relativ unproblematische Stützung korporativer Interessen betrieben, insofern sie auf der Ebene der Distribution und ohne überlegten Prioritätenkatalog jeder gesellschaftlichen Gruppierung, insbesondere den Staatsbeamten, die Sicherung und den Ausbau ihrer sozialen Stellung verhiess; die SPD steht jetzt vor dem Problem, daß Erhalt und Ausbau von sozialen Positionen der *einen* Gruppierung zu Lasten der sozialen Stellung einer *anderen* Gruppierung verlaufen kann. Die SPD war für die Kernabteilungen der Arbeiterklasse politischer Garant von Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit; die Partei räumt heute (z.B. in ihrem Wahlprogramm '80) ein, daß es eine außer ihrer Macht stehende ökonomische Frage ist, ob Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit gewährt werden können. Alle diese Probleme und Konfliktzonen sozialdemokratischer Politik werden heute zu Knotenpunkten des Erosionsprozesses ihrer politischen Hegemonie. Denn *erstens* sieht sich die sozialliberale Koalition in allen diese Punkten mit einer konservativen Strategie konfrontiert, die darauf zielt, gerade dem verunsicherten Klientel der SPD/FDP-Regierung glaubhaft zu machen, daß durch Radikalkuren eine Rückkehr zu dem alten *status quo* der sozialen Lage bzw. der Verbesserungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erreicht werden kann. Die Union hat eine Alternative für mehrere Klassen und Klassenabteilungen, d.h. sie versucht die heterogenen Erwartungen, die sich an sozialdemokratische Politik richteten, in die Richtung eines Konsenses über konservative Austeritätspolitik 'umzudirigieren'. *Zweitens*: Hegemonie bedeutet Konsens - und der ist innerhalb des sozialen Blocks der sozialliberalen Regierung nicht mehr selbstverständlich, sondern muß beständig erneuert werden. Wenn die SPD angesichts andauernder Krisen eine angemessene und möglichst wenig ungleiche Verteilung von Lasten herbeiführen will, muß notwendigerweise das Maß der Be- und Entlastung so proportioniert sein, daß bestimmte soziale Gruppierungen nicht verprellt werden; dies zeigt sich z.B. konkret in dem beständigen Prozeß der Neufestsetzung von Steuerquoten. Ferner muß - geschürt ebenfalls durch die Strategie der konservativen Kräfte - jeweils aktuell der Konflikt bereinigt werden, der sich aus der Betonung des Leistungsprinzips gegenüber Maßnahmen der sozialen Stützung ergibt; die Neufestlegung des Konsenses bedeutet hier in jedem konkreten Fall zu entscheiden, wieweit die SPD die Stützung der 'Marktkräfte', auf die sie programmatisch festgelegt ist, betreibt und damit gutsituierten Gruppierungen die Möglichkeit zu überproportionaler Verbesserung ihres Lebensstandards verschafft. Diese beständige Neuorganisation des politischen Konsenses - in der vor allem die SPD-Bundestagsfraktion es zu einer gewissen Meisterschaft gebracht hat - strapaziert den hegemonialen Block und verschleißt angesichts der konservativen Alternative die Bindungsfähigkeit der Regierungspolitik. Der Erosionsprozeß der politischen Hegemonie ist umso nachdrücklicher, weil der Prozeß der beständigen erneuten Herstellung oder Befestigung des Konsenses in politischen Tagesfragen nicht die Fähigkeit zu politischer Analyse<sup>10</sup> ersetzt. Die SPD »führt« nicht; sie

hat keine Analyse der gesellschaftlichen Situation, kein Programm zur dauerhaften Lösung der aufgetretenen Probleme, keine Konzeption zur politischen Gestaltung des nächsten Jahrzehnts. In dieser Hinsicht gleicht der Erosionsprozeß der sozialdemokratischen Hegemonie dem der konservativen Hegemonie ausgangs der 60er Jahre. Da wir aber anders als damals in der Situation *krisenhafter* wirtschaftlicher Entwicklung stehen, ist der Verlust der sozialdemokratischen Hegemonie zugleich mit dem Anwachsen und Aufbrechen von großen *sozialen Spannungen* unter verschiedenen Klassen und Klassenabteilungen und mit Prozessen der Radikalisierung oder der Resignation bei bestimmten Randgruppen und marginalisierten Schichten verbunden. Die enttäuschten Hoffnungen größerer Teile der Jugend, die sich von der SPD abwenden und z. T. aus einer politischen Bindung ganz aussteigen, die Spannungen zwischen dem Drängen auf Aktivierung von sozialpolitischen Maßnahmen gegen die Folgen der Wirtschaftskrise und der durch bedrohte Aufstiegs- und Vermögensinteressen provozierten Aktivierung von Vorurteilen bei besser verdienenden Schichten, schließlich die Ängste und Orientierungslosigkeit von marginalisierten Schichten sind notwendige Begleiterscheinungen des sozialdemokratischen Hegemonieverlusts. Diesen wachsenden sozialen Druck vermag die Partei nicht unter grundlegender Veränderung ihrer Politik in eine klare politische Zielrichtung umzusetzen. Erstens, weil die SPD in der Logik des traditionellen politischen Systems eingebunden bleibt, wonach die Stabilisierung und Verbesserung der relativen Einkommens- und Lebensverhältnisse unter Aufrechterhaltung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung bewerkstelligt werden muß. Es bleibt der SPD daher nichts anderes übrig, als ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Konsenses mit bessergestellten Teilen der Lohnabhängigen und der Mittelklassen zu verstärken. Die Partei ist von ihrer inneren Struktur und ihrer Festlegung auf die Marktwirtschaft her gezwungen, weiterhin *korporative* Kompromisse zu schließen. Die Folge ist, daß der Arbeitnehmerflügel in der SPD eine Politik zugunsten der lohnabhängigen Mittelklassen um den Preis von Abstrichen an den eigenen Interessen tolerieren muß. Zweitens verfügt die SPD über keinerlei Willensbildungsstrukturen, die es den Arbeitern und marginalisierten Schichten unter ihren Mitgliedern ermöglichen, bestimmend auf eine Veränderung der Politik einzuwirken. Die Sozialstruktur der Mitglieder der Partei hat sich in den letzten Jahrzehnten erdrutschartig verändert; die einstmals in der Partei dominierende Arbeiterklasse behauptet nur noch etwa ein Drittel des Anteils gegenüber der Mehrheit der Bezieher von abgeleiteten Einkommen (öffentl. Dienst) und Nichterwerbstätigen; die Kernabteilungen der Arbeiterklasse, industrielle Maschinenarbeiter, sind der Mitgliedschaft nach in der Partei nur marginal vertreten. Bereits auf den untersten Ebenen der Willensbildungsstrukturen der Partei wird diese soziale Zusammensetzung zusätzlich noch übermäßig verzerrt und führt in den repräsentativen und Führungsgremien sowie in der parlamentarischen Arbeit zu einer fast ausschließlichen Dominanz besser gestellter Lohnabhängiger und Einkommensbezieher des öffentlichen Dienstes. Anders als im beginnenden Umoorientierungsprozeß der Gewerkschaften können die Interessen der Industriearbeiter und der sozial besonders betroffenen Schichten sich deshalb allein organisatorisch nicht gegen die innerparteilichen Institutionen und Willensbildungsprozesse der alten korporativen Politik durchsetzen. Schließlich hat die Partei keinerlei Führungskader entwickelt, die die durch Veränderung der Sozialstruktur und Reformpolitik hervorgerufenen Widersprüche auf kapitalistischer Basis erkennen könnten und nach einem programmatischen Ausweg gegenüber dem 'Dach der Marktwirtschaft' suchten. Sozialistische Positionen in der SPD bleiben auch unter verstärktem sozialen Druck in der Minderheit, werden auch innerpar-

teilich diskriminiert und bei Belastungsproben mehr oder minder nachdrücklich auf die konsensfähigen Mehrheitslinien verpflichtet.

*Fazit:* Der Verlust der hegemonialen Position der SPD ist unausweichlich. Nicht mangelnder Reformelan oder ökonomischer Determinismus lähmt sozialdemokratische Politik, sondern die Unfähigkeit, die in der Gesellschaftsstruktur aufgetretenen Disproportionen und ihre sozialen Konsequenzen zu analysieren und ihre Unmöglichkeit, angesichts der notwendigen Aufrechterhaltung des Konsenses im sozialliberalen Block sozialer Kräfte selbstkritisch einen programmatischen Ausweg jenseits der zerrütteten Gesetze der Marktwirtschaft zu suchen. Die Partei hat ihre Zielsetzung, unter dem Dach der Marktwirtschaft soziale Probleme zu lösen und gesellschaftliche Reformen zu betreiben, nicht aufgegeben; aber sie verfügt über keine kohärente Lösung der aufgeworfenen Schwierigkeiten – und kann darüber nicht verfügen, solange sie sich unter dem Druck der Konservativen auf die Klientel der SPD an die marktwirtschaftliche Logik gebunden glaubt. Eine Erneuerung der Sozialdemokratie von sich aus, die zu einer adäquaten Analyse der Situation führen könnte, ist wegen der innerparteilichen Strukturen und Willensbildungsprozesse nicht abzusehen. Selbst die offeneren Schwesterparteien in England und Schweden haben es bislang nicht vermocht, eine grundlegende Kurskorrektur jenseits des Dachs der Marktwirtschaft einzuleiten. Die Sozialdemokratie bewegt nichts; sie wird von den divergierenden sozialen Interessen hin- und hergerissen.

#### *4. Die Alternative der Linken*

Die Wahl zwischen bürgerlicher Austerität und sozialdemokratischer Mängelverwaltung ist für die sozialistischen und kommunistischen Kräfte perspektivlos. Niemand will eine konservative und repressive Sanierungspolitik, noch das dazugehörige geistige und politische Klima. Die politische Radikalisierung, die im Gefolge einer rigorosen 'marktgerechten' Sozialpolitik bei einigen Schichten zu befürchten ist, kommt nicht der Linken zugute. Aber andererseits hätte jede weitere Duldsamkeit sozialistischer Kräfte gegenüber der sozialdemokratischen Mängelverwaltung nur dann einen Sinn, wenn es irgendein Zeichen gäbe, das die Hoffnung auf bessere wirtschaftliche Zeiten begründen könnte. Nicht allein Marxisten haben seit längerer Zeit darauf hingewiesen, daß nach allen zur Verfügung stehenden ökonomischen Kennziffern und nach Übersicht über die Entwicklungsverläufe der Wirtschaftszyklen in den letzten Jahrzehnten diese Hoffnung ganz und gar unrealistisch ist.<sup>11</sup> Mittlerweile steht uns für Ende 80/Anfang 81 eine schwerere Rezession als 1974/75 ins Haus. Wenn unter diesen Bedingungen die sozialdemokratische Politik fortgesetzt wird, ist dies ein aktiver Grund für die Vergrößerung von sozialen Spannungen und zunehmender Verkleisterung von Lösungsmöglichkeiten für strukturelle Probleme.

Die dringlich aufgeworfene Frage ist für die Linke keine Wahlfrage: ein Blick nach England oder Schweden zeigt, daß auch in der Opposition eine Erneuerung der Sozialdemokratie schwerlich zu erwarten wäre. Vor allem aber sind die *Probleme*, die auf uns zukommen, nicht durch Überlegungen zur Stützung *anderer* politischer Kräfte zu bewegen. In den 80er Jahren müssen wir damit rechnen, daß sich sowohl die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme als auch die Gegensätze in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen zuspitzen; wir müssen ferner davon ausgehen, daß die 'traditionellen' Problemgruppen der Gesellschaft (Frauen, Rentner) wie auch neue marginalisierte Schichten (Ju-

gendliche) noch weiter an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt werden und gefährliche politische Radikalisierungen entstehen können; die Linke muß einkalkulieren, daß Massenarbeitslosigkeit, Inflation und bescheidene Lohnsteigerungen auf der einen und ein ungesichertes, zum Zerreißen gespanntes Netz der sozialen Sicherung auf der anderen Seite die herkömmliche gewerkschaftliche Politik vor riesige Probleme stellt und – intern wie nach außen – in Konflikt mit korporativen Interessen bringt; eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zwischen Erwerbstätigen oder Einkommensempfängern und denjenigen in der Gesellschaft, für die der Mechanismus »Einkommen aufgrund von Leistung oder Anspruch« nicht gilt, kann nicht ausgeschlossen werden; schließlich müssen die sozialistischen Kräfte gegenwärtigen, daß mit dem Verschwinden der naturwüchsig prosperierenden Wirtschaftsentwicklung auch 'selbstverständliche' soziale Forderungen, 'natürliche' Ansprüche und andere 'heilige Kühe' infrage gestellt sind und die auf ihnen aufgebauten Mechanismen zur Verbreiterung und Verallgemeinerung nicht mehr funktionieren.<sup>12</sup>

Angesichts dieser Probleme geht es um *konkrete Alternativen*, d. h. um Antworten und Lösungsversuche. Weniger denn je können die sozialistischen Kräfte, so klein sie heute auch sein mögen, zu der Formel Zuflucht nehmen, man müsse erst die geeignete Massenmobilisierung zustande bringen, bevor man sich zu politischen Alternativen äußern könne. Eine Massenwirksamkeit werden sozialistische Vorstellungen in der BRD nur erreichen können, wenn die unterschiedlichen sozialistischen Kräfte sich auf *Zielsetzungen* und *Forderungen* einigen, die diskutiert, überprüft und korrigiert werden können. Wie sehen die Ausgangsbedingungen dafür aus?

Die vorhandenen politischen Organisationen mit antikapitalistischer Stoßrichtung oder Tendenz (DKP, Die Grünen) genügen in ihrer Programmatik den Anforderungen eigenständiger sozialistischer Politik nicht; die DKP ist derzeit nicht willens und nicht fähig, aus sich heraus eine Öffnung für breitere sozialistische Kräfte zu bewerkstelligen; die DKP weicht nicht von einer unrealistischen Programmatik, von der sie selber weiß, daß eine Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses durch sie nicht zuwege gebracht werden kann, und mit der eine eigenständige Politik in nationalen Auseinandersetzungen immer schwerer zu repräsentieren ist. Bei den Grünen bleibt trotz starker linker Gruppierungen die antikapitalistische und sozialistische Tendenz unter die »ökologische Frage« untergeordnet, wodurch jede übergreifende, die Gewerkschaftsbewegung einschließende programmatische Anstrengung zur Überwindung der gesellschaftlichen Antagonismen verhindert wird; dies wird gerade an den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Programms der Grünen deutlich, denen Essentials »Wachstumsstopp«, »Dezentralisierung« und eine Politik der »kleinen Netze« lauten.<sup>12a</sup>

Allerdings wachsen auch unter den Grünen und den ökologisch orientierten Kräften die Zweifel, ob ein ökologisch begründetes Ende des Wachstums und eine Vorstellung dezentralen Wirtschaftens eine realistische Alternative zum gegenwärtigen Produktionssystem darstellen. Diese Zweifel und sozial orientierte Fragestellungen können durchaus verknüpft werden mit Vorschlägen derjenigen politischen Kräfte, die soziale oder sozialistische Alternativen zur herrschenden *Wirtschafts- und Sozialpolitik* für zentral halten. Die im DGB vertretenen Gewerkschaften haben mit einem neuen Grundsatz- und Aktionsprogramm und einem erstmalig entwickelten sozialpolitischen Programm Vorschläge vorgelegt, die sich gegen die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und ihre sozialen Konsequenzen richten und die Wiederherstellung eines Wirtschaftswachstums fordern, das nicht nur

Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit gewährleistet, sondern auch die Qualität des Lebens und Arbeitens verbessert. Die Forderungen des DGB beziehen sich nicht mehr allein oder vordringlich auf die Sicherung eines angemessenen Anteils der Lohnabhängigen am geschaffenen Reichtum. Die Unterstützer des »Memorandums« für wirtschaftspolitische Alternativen beziehen die gewerkschaftlichen Vorschläge mit ein und fordern Sofortmaßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Stärkung der Massenkaufkraft und Beseitigung sozialer Mißstände im Zusammenhang mit einer Demokratisierung der Wirtschaft. Die »Herforder Thesen«<sup>13</sup> von Marxisten in der SPD entwickeln ein »sozialdemokratisches Programm der gesellschaftlichen Alternative«, das aktuelle Tagesforderungen der Gewerkschaften mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung verknüpft.

Alle diese Vorschläge gehen mit Recht davon aus, daß die Ausarbeitung realistischer Alternativen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik für den Prozeß der Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik zentral ist. Nicht in allen Beiträgen (z.B. denen des DGB) ist bewußt, daß die Forderung nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen auch den politischen Bruch mit dem System der Marktwirtschaft impliziert, deshalb im Kern eine antikapitalistische Option bedeutet, die auch entwickelt werden muß. *Alle* bislang vorliegenden Diskussionsbeiträge berücksichtigen aber zwei entscheidende Probleme alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik gar nicht oder nur unzureichend: Erstens müssen Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik beantworten, wie eine qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen der Produktion herbeigeführt werden kann und wie *zugleich* vorhandene Bedürfnisse befriedigt und das System der Bedürfnisse entwickelt werden kann. Zweitens müssen alternative Vorschläge aber auch eine Lösung angeben können, wie die verschlechterte Lebenslage einiger sozialer Schichten beseitigt und weitere Verschlechterungen wirksam verhindert werden können. Für eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt sich das Problem, daß die unter (1) und (2) genannten Probleme teilweise in Widerspruch treten können und dennoch das eine gegenüber dem anderen *nicht* – auch nicht zeitweilig – zurückgestellt werden kann. Die Essentials unseres Beitrags zur Diskussion über sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir im folgenden vorstellen<sup>16</sup>, zielen auf die Lösung dieses elementaren Problems bei der Konkretisierung sozialistischer Vorstellungen.

#### 4.1. Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ein sozialistisches Programm muß zentral die Frage neu beantworten, was, wie und für wen in der Gesellschaft produziert wird und wie eine demokratische Planung und Entwicklung der Bedürfnisse verwirklicht werden kann. Es geht um einen neuen Typ ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung für die ganze Gesellschaft. Ein sozialistisches Programm muß deshalb nicht nur Vorschläge für konkrete Forderungen und Maßnahmen enthalten, sondern auch Auskunft geben über die Grundlinien der wirtschaftspolitischen Orientierung und die zu erwartenden politischen Widerstände.

Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik steht in der BRD vor einem doppelten Problem: einerseits sind Sofortmaßnahmen erforderlich, die die dringendsten sozialen Probleme unmittelbar und ohne Zeitverzögerung angreifen. Die Marginalisierung von Arbeitslosen und andern Gruppierungen muß bekämpft werden, Versorgungsmängel im Bereich der sozia-

len Dienste sind zu beheben; die Kaufkraft der am stärksten benachteiligten Schichten muß erhöht, die Institutionen der sozialen Sicherung müssen saniert werden. Andererseits ist eine prinzipiell neue Orientierung in der Ökonomie notwendig. Da die aufgeführten Mängel bloß äußerer Ausdruck grundlegender Gegensätze sind, können ohne Eingriff in diese inneren Strukturen auch die akuten Mängel nicht behoben und die Gegenmaßnahmen nicht wirkungsvoll umgesetzt werden. Die Maßnahmen, die auf eine unmittelbare Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zielen, sind nur zu verwirklichen, wenn ihre ökonomische Realisierung sichergestellt werden kann.

Es reicht dazu nicht aus, die Staatsverschuldung auszudehnen und ansonsten auf eine beschleunigte Ausdehnung der Produktion zu warten. Alle Maßnahmen erfordern bereits eine weitgehende Neuverteilung der ökonomischen Lasten in der Gesellschaft, und damit eine Finanzierung, die vorhandene Einkommensstrukturen und die Verteilung öffentlicher Gelder tangiert. Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik geht davon aus, daß die Distributionsverhältnisse nur die Kehrseite der Produktionsstrukturen sind und daher jeder Eingriff in vorhandene Einkommensströme mittelfristig eine Veränderung der Produktionsstrukturen nötig macht. Selbst die kurzfristigen Initiativen zur Beseitigung sozialer Mängel beruhen deshalb auf *radikalen Eingriffen* in die Distributionsverhältnisse, die den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sprengen, weil sie die sich aus den vorhandenen Produktionsverhältnissen ergebenden Verteilungsverhältnisse der Einkommen nicht mehr respektieren.

Die besitzenden Klassen haben nicht nur einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums ohne Gegenleistung an sich gezogen, sondern durch die Verwendung dieser Einkommen auch die Struktur der gesellschaftlichen Produktion geprägt. Soll dieses Einkommen (Profit, Zins etc.) anders verwandt werden, muß auch die *Produktion* geändert werden. Die allseitige Abhängigkeit der Produktionssphären voneinander führt aber dazu, daß solche Umstellungen nicht nur auf Bereiche beschränkt bleiben, die *unmittelbar* von den Umverteilungsmaßnahmen betroffen sind. Die gesamte vorhandene Struktur und Proportion der Produktion wird davon tangiert und wenn die Umgestaltung gelingen soll, muß verhindert werden, daß die Eingriffe in einen Bereich an anderer Stelle das Gegenteil des gewünschten Effektes erzielen und zu progressiver Einschränkung der Produktion statt zur vorgesehenen Erweiterung führen. Sozialistische Wirtschaftspolitik muß daher schrittweise zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion übergehen, denn schon alle kurzfristigen Sozialmaßnahmen setzen Veränderungen in der Struktur der Produktion voraus; diese sind nur beherrschbar und machen sich nicht unter der Hand gegen die sozialistische Politik geltend, wenn für die gesamte Ökonomie eine bewußte demokratische Planung existiert. Eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik hat zusammengefaßt nur dann eine Chance zur Verwirklichung,

- wenn die Ausdehnung der produktiven Basis der Gesellschaft wesentliches Ziel aller Umgestaltungsmaßnahmen ist;
- wenn alle Sofortmaßnahmen zur Beseitigung sozialer Mißstände zugleich schrittweise als qualitative Strukturveränderungen der Produktionsweise konzipiert und durchgeführt werden;
- wenn die Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als Entwicklung bewußten Handelns der Menschen begriffen und daher als Erweiterung der Willensbildung und der Masseninitiative behandelt wird.

Ein sozialistisches Programm zielt nicht auf die Vergesellschaftung *aller* Unternehmen und

nicht auf eine totale Planung des gesamten Reproduktionsprozesses. Notwendig für die Durchsetzung einer alternativen Entwicklungslogik ist die Existenz eines öffentlichen Sektors der Produktion, für dessen Wachstum und dessen Entwicklungsprioritäten verbindliche Daten gesetzt werden müssen. Die Einführung gesamtwirtschaftlicher Planungs- und Lenkungsmethoden unter Benutzung des öffentlichen Sektors ist durchaus vereinbar mit der Fortexistenz privatwirtschaftlicher Bereiche. Auf der Grundlage eines öffentlichen Sektors der Produktion und geeigneten Formen demokratischer Planung von Produktion und Konsumtion kann ein funktionierender Typ ökonomischer Entwicklung etabliert werden. In einem volkswirtschaftlichen Rahmenplan sind dazu Regional- und Branchenprojektionen zu einheitlichen Landesentwicklungsplänen und zu einem Bundesentwicklungsplan zusammenzufassen.

Vorschläge für eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik wollen nicht den »Markt« beseitigen, sofern damit der Prozeß gemeint ist, in dem die Individuen ihre private Nachfrage bzw. Bedürfnisse frei wählen. Aber die Willensbildung, die Verständigung und Organisierung der verschiedenen Bedürfnisse und ihre Befriedigung kann weitaus rationeller und effektiver verlaufen, wenn der unbewußten kapitalistischen Form des Verhältnisses von Nachfrage und Zufuhr Elemente der Planung gegenübergestellt werden, die den Individuen die Reflektion und die Kontrolle über ihr gesellschaftliches Handeln ermöglicht. Eine gesamtgesellschaftliche Planung von Produktion und Konsumtion kann für weite gesellschaftliche Bereiche die Funktion des Marktes nicht ersetzen, sondern soll die kapitalistische Form der Abstimmung von Produktion und Konsumtion als herrschendes Prinzip ablösen zugunsten bewußt-gesellschaftlicher Formen der Regulierung. Somit wird zum notwendigen Bestandteil der auf Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit gerichteten Strategie die Etablierung neuer und vielfältiger Formen der Willensbildung. Der privaten Initiative und dem Leistungswettbewerb verbleiben im Rahmen eines geplanten Wirtschaftswachstums unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ein breiter Spielraum.

Im Kapitalismus entwickeln sich naturwüchsig Disproportionen zwischen den primären und den abgeleiteten Sektoren der Gesellschaft, die die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums hemmen und große soziale Spannungen provozieren. Eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik zielt sowohl auf eine *Beendigung der Anarchie* in den Beziehungen von produktiven und abgeleiteten Sphären der Gesellschaft als auch auf eine *Rücknahme der Verselbständigung* und der korporativen Interessenbildung in den unproduktiven, vornehmlich öffentlichen Produktionssektoren. Der soziale Konsum und die sozialen Dienste, die Entwicklung des Bildungs- und Erziehungswesens und die Formen wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Produktion sind in die Planung der Prioritäten für eine Entwicklung im System der Bedürfnisse einzuschließen und in ihrer Orientierung für die Entwicklung der Produktion zu berücksichtigen. Eine sozialistische Option geht davon aus, daß zur bedürfnisdeckenden, planvollen Entwicklung des Systems der Arbeit, des Konsums und aller abgeleiteten Bereiche eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte nötig ist. In welcher Weise diese Produktivkräfte entwickelt werden und welche Bedürfnisse in welcher Prioritätensetzung durch sie befriedigt und entwickelt werden, diese Entscheidungen müssen der kapitalistischen Eigengesetzlichkeit entrissen und in die Kompetenz der Menschen zurückgenommen werden. Dabei kann nicht 'stellvertretend' verfahren werden, indem die Regierung oder eine Massenorganisation 'im Interesse' der Lohnabhängigen vorhandene Bedürfnisse wertet und ihre rationelle Organisation vor-

schreibt. Der Vorschlag für eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Bundesrepublik müßte z.B. dem Umstand Rechnung tragen, daß ca. 80 % unserer Bevölkerung dem Wohnwunsch »Eigenheim« große Priorität einräumen. Da die BRD weder mit Einfamilienhäusern vollgebaut werden kann, noch es umgekehrt möglich ist, daß irgendeine Instanz die Wohnwünsche für irrationell erklärt und über sie hinweggeht, kann der sozialistische Vorschlag nur darin bestehen, in einem breiten Willensbildungsprozeß die Verbesserung und Veränderung der vorhandenen Wohnstrukturen und die Alternativen für Städte- und Landschaftsbau zu diskutieren und in eine Orientierung für politische Maßnahmen umzusetzen. Ohne Diskussion, Abstimmung und Planung von Bedürfnissen kann die kapitalistische Wirtschaft nicht überwunden werden. Hier wie in allen anderen Fällen gehen die Vorschläge für einen alternativen Entwicklungstyp der Gesellschaft davon aus, daß die Menschen in der Lage sind, auch die von ihnen aufgeworfenen kompliziertesten gesellschaftlichen Probleme selbstbewußt und effektiv zu regeln. Wer dies grundsätzlich bestreitet, kann dem Kapitalismus nur irgendeine Variante »sozialistischer Diktatur über die Bedürfnisse«<sup>15</sup> entgegenstellen, die von einer breiten, politisch bewußten Mehrheit der Bevölkerung nicht unterstützt werden wird.

Ein sozialistisches Programm geht von der Stärkung der produktiven, reichumschaffenden Basis der Gesellschaft aus und zielt auf die Angleichung und Hebung des Lebensstandards von sozial schwächer gestellten Teilen der Bevölkerung, insbesondere Teilen der Lohnabhängigen. Aber eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik kann nicht einfach die Interessen der Industriearbeiter als Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung setzen. Die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse und die Linderung der sozialen Mißstände für die benachteiligten Schichten der Bevölkerung schließt *keine automatische Verbesserung* der Lebensverhältnisse in abgeleiteten Lebenssphären der Gesellschaft ein. Wenn eine sozialistische Wirtschaftspolitik der Verbesserung der Situation der Kernabteilungen der Industriearbeiter Priorität einräumt, so können die sozialistischen Kräfte aber nicht von der Illusion ausgehen, daß sie dadurch auch schon Fortschritte für andere gesellschaftliche Bereiche eingeleitet hätten. Nur für einen Teil der Bevölkerung bedeutet z.B. die Überführung von marktbestimmenden kapitalistischen Unternehmen in Gemeineigentum eine unmittelbare Verbesserung ihrer Situation, weil sie nun Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen bekommen. Der Rest der Bevölkerung, deren Mehrheit für das sozialistische Programm gewonnen werden soll, bekommt die Auswirkungen der Umstellung in den Produktionsstrukturen nur vermittelt über seine abgeleiteten Einkommen zu spüren. Am wichtigsten sind hier die lohnabhängigen Mittelklassen und die Rentner. Beide erhalten ihr Einkommen nicht geschenkt, sondern die einen, weil sie dafür arbeiten, die anderen, weil sie dafür gearbeitet haben. Aber beide stehen in einem anderen Verhältnis zur Produktion des Reichtums als die produktiven Lohnarbeiter – der Fluß ihres Einkommens hängt von dem primären Sektor ab. Für Rentner wie für lohnabhängige Mittelklassen gilt, daß sie die negativen Auswirkungen der Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu spüren bekommen, ohne ihm direkt untergeordnet zu sein und ohne daher durch seine Beseitigung direkt Vorteile ziehen zu können. Die Lösung ihrer Einkommens- und Lebenshaltungsprobleme fällt daher weder subjektiv noch tatsächlich mit der Umstellung der primären Produktionsstrukturen zusammen.

In einem sozialistischen Programm muß daher dem Problem Rechnung getragen werden, ob die Neuorganisation der Produktionsstrukturen der Gesellschaft sich auch tatsächlich als Verbesserung in jenen Bereichen der Gesellschaft auswirkt, die auf die Umverteilung des

bereits geschaffenen Produkts angewiesen sind. Im allgemeinen bedeutet das, daß die vom Kapitalismus geschaffene Trennung zwischen Produzent und Konsument aufgehoben werden muß. Das reale Problem der *gleichzeitigen* Reorganisation der primären und der abgeleiteten (auch der immateriellen) Sektoren der Gesellschaft kann nicht in ein »Nacheinander« verwandelt und die abgeleiteten gesellschaftlichen Bereiche (»Überbauten«) dürfen keiner spontanen Entwicklung überlassen werden. Die Aufhebung der Trennung von Produzent und Konsument ist gleichbedeutend mit der Aufhebung der Bewußtlosigkeit der Individuen über die Zusammenhänge ihres gesamten Lebensprozesses. Wenn die Menschen in der Lage sind, über die Strukturen ihrer Arbeits- und Lebenssituation zu diskutieren und ihre Veränderung zu beeinflussen, wird damit zugleich die Verselbständigung des Staatsbürgers, die Trennung von Produktionsagent bzw. Einkommensbezieher und politischem Individuum schrittweise aufgehoben.

Der Erfolg und die Realitätstüchtigkeit eines sozialistischen Vorschlags hängen daran, daß die modernen Mittelklassen, insbesondere die Staatsbeschäftigten, sowie breite Teile der nichterwerbstätigen Bevölkerung mit eigenem Einkommen für eine Politik gewonnen werden können, die auf eine demokratische Umgestaltung des Systems der Reichstumsproduktion als Zentrum zielt. Das sozialistische Programm muß daher eine Entwicklungsrichtung für das *System der Arbeit* wie für die bedeutendsten *sekundären Lebenssphären* der Gesellschaft formulieren können. Das unterstellt, daß mit dem Konzept der Umgestaltung der Produktion nicht das Konzept einer Klasse durchgesetzt wird, die damit ihre unmittelbaren Arbeitsbedingungen verändert, ohne Berücksichtigung der Folgewirkungen auf den gesamten Bau der Verteilungsverhältnisse, sondern daß die Probleme der Verteilung als bestimmender Faktor für die Organisation der Produktion anerkannt werden und Ökonomie als Gestaltung gesamtgesellschaftlich zentraler sozialer Beziehungen begriffen wird. Dies unterstellt die Entwicklung eines breiten politischen Konsenses, ausgehend von der Notwendigkeit einer vollständigen Reorganisation des Produktionsprozesses, und die unumstößliche Anerkennung des theoretischen und politischen Pluralismus in der Arbeiterbewegung. Dieser Vorschlag stützt sich auf die Entwicklung der Fähigkeit aller antikapitalistischen Kräfte, gerade in der ökonomischen Krise zu einer Verständigung über die politische Programmatik, zur Ausbildung eines tragfähigen Konsenses unter den gewichtigsten Strömungen der Arbeiterbewegung zu kommen. Der 'historische Kompromiß', als Methodik der politischen Arbeit verstanden<sup>16</sup>, zielt darauf ab, ohne Leugnung der theoretisch-ideologischen Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung und anderen sozial engagierten Gruppierungen eine gemeinsame Politik bei der Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Entwicklungsmodell zu erreichen.

#### 4.2. Gewerkschaftliche Strategie im Umbruch

Eine Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD ist ohne die politische Unterstützung von größeren Teilen der Gewerkschaftsbewegung genausowenig zu erreichen wie die Ausarbeitung einer selbständigen sozialistischen Politik. Weil die Gewerkschaften in der Bundesrepublik durch die geschichtliche Entwicklung als Einheitsgewerkschaften gegründet wurden und sich entwickelt haben, weil darin sozialistische und kommunistische Kräfte insgesamt nur eine politische Rolle eher am Rande der Bewegung gespielt haben und demgegenüber die Gewerkschaften sich mehrheitlich unter die sozialdemokratische

Hegemonie gestellt haben, und weil auch gegenwärtig die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes trotz aller Unzufriedenheit fest zur Sozialdemokratie steht, halten sozialistische Kräfte in der BRD die Beharrungstendenzen der alten Gewerkschaftspolitik für übermächtig und das Einschwenken von Teilen der Gewerkschaftsbewegung auf die Unterstützung sozialistischer Politik für einen mittelfristig marginalen Prozeß. Es wird als mehr oder weniger idealistisch oder hoffnungslos angesehen, eine Verständigung über sozialistische programmatische Positionen zu erreichen, die die Gewerkschaftsbewegung wirklich erreichen können.

Wer diese Vorstellung eines auch durch *ausgearbeitete politische Alternativen* mittelfristig nicht bewegbaren monolithischen Gewerkschaftsblocks unter Führung der Sozialdemokratie heute vertritt, kann aber faktisch allein den in den letzten Jahren abgelaufenen Veränderungsprozeß in der gewerkschaftlichen Diskussion und in ihrer Programmatik nicht begreifen. In den Gewerkschaften ist ohne sozialdemokratische Initiative, ja zum Teil gegen deren politische Repräsentanten, ein Diskussionsprozeß in Gang gekommen, der nicht nur die traditionellen Vorstellungen von Tarif-, Sozial- und grundsätzlicher Gesellschaftspolitik im DGB infrage gestellt hat und bereits praktisch-politische Konsequenzen herausforderte (Grundsatzprogramm, Sozialpolitisches Programm), sondern der unter dem Slogan »Auf die eigene Kraft vertrauen« einen Politisierungsprozeß und ein neues Verständnis der Rollen von Gewerkschaft und politischen Parteien einleitete. Diese Veränderungen der Programmatik und des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses gehen überhaupt noch nicht weit genug und werden zusätzlich durch Sozialdemokraten gehemmt, indem andere politische Optionen als Gefährdung der Einheitsgewerkschaft gebrandmarkt werden. Aber das *Infragestellen* der alten gewerkschaftlichen Strategie und die *Neubesinnung* der Organisation sind unmittelbare Antworten auf die für die Gewerkschaften grundsätzlich veränderte Situation und insofern unausweichlich. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Rationalisierung in den Betrieben, die Chancenlosigkeit vieler Schul- und Ausbildungsabsolventen, die Rücknahme von Elementen des Soziallohns u. v. m. sind seit mehreren Jahren geschaffene Fakten, die bereits heute eine Veränderung der Gewerkschaftspolitik bewirkt haben. Wenn die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der BRD die unbefriedigenden Verlaufsformen nimmt, die sie in den letzten Jahren hatte und die nach den zur Verfügung stehenden ökonomischen Daten zu erwarten sind, dann ist die Fortsetzung der Durchsetzung des politischen Pluralismus und der Bruch von größeren Teilen der Gewerkschaften mit dem sozialdemokratischen Hegemonieanspruch ein unumkehrbarer Prozeß. Das eigentliche Problem der gewerkschaftlichen Entwicklung in unserm Land liegt nicht in der behaupteten politischen Unbeweglichkeit des DGB überhaupt oder einem unveränderlichen Fakt sozialdemokratischer Vormundschaft. Vielmehr steht der DGB durch die unterschiedlichen Wirkungen der ökonomischen Entwicklung auf unterschiedliche Bevölkerungskreise und der dementsprechenden Heterogenität und sogar Gegensätzlichkeit der im DGB zusammengefaßten Interessen vor gewaltigen Belastungsproben, die die Gefahr unkontrollierter Bruchstellen innerhalb der Organisation und des Zerbrechens der Einheitsgewerkschaft einschließen. Im DGB finden schon heute faktisch Fraktionsauseinandersetzungen statt, die sich am Grundsatz- und Aktionsprogramm, aber auch in der Tarifpolitik kristallisieren. Die Auseinandersetzungen haben neben allen aktuellen Motivationen im Detail einen grundsätzlichen, objektiven Konflikt zum Hintergrund. Es ist der Widerspruch zwischen den Interessen der marginalisierten Schichten in der Wirtschaftskrise, gewerkschaftlich oftmals schlecht oder gar nicht organisiert, und den Interessen der beschäf-

tigten Lohnabhängigen, deren Organisationsgrad und daher Durchsetzungsfähigkeit viel höher ist. Der DGB hat noch keine Politik entwickelt, mit der die marginalisierten Schichten verteidigt, geschützt und in die gewerkschaftliche Organisation einbezogen werden können, ohne daß gut organisierte, beschäftigte Lohnabhängige ihre Interessen empfindlich geschmälert sehen. Deshalb fällt es vielen in den Gewerkschaften (auch sozialistischen Kräften) viel leichter, die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung in eine aggressivere Lohnpolitik von beschäftigten Lohnabhängigen zu verlängern, obwohl dies den marginalisierten Schichten nichts bringt und auch für die beschäftigten Lohnarbeiter perspektivlos ist. Eine Radikalisierung der Gewerkschaften auch in ihrer Programmatik von berufsegoistischen, sektoralen Interessen aus kann deshalb nicht ausgeschlossen werden. Umgekehrt muß jede weitere Entfremdung und Abkehr der Gewerkschaften gegenüber Nichterwerbstätigen und Marginalisierten verhindert werden. Wenn der DGB nicht schrittweise fortfahren kann mit der Entwicklung einer neuen, realistischen Politik für die Gesamtorganisation, kann die unterschiedliche Konditionierung der verschiedenen sozialen Interessen in den Gewerkschaften sich in gegensätzlichen politischen Richtungen kristallisieren.

Die Verständigung auf ein realistisches sozialistisches Programm mit dem Schwerpunkt auf alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik kann deshalb die Veränderung der gewerkschaftlichen Strategie *unterstützen* und einen Beitrag darstellen, durch an die Wurzeln gehende programmatische Vorstellungen *ohne* korporative oder berufsegoistische Gesichtspunkte die Einheitsgewerkschaft zu stabilisieren. Es ist keineswegs mangelndes Interesse innerhalb der Gewerkschaften an realistischen politischen Alternativen zur gesellschaftlichen Umgestaltung, was die Verständigung auf eigenständige sozialistische Politik hinderte. Mit sehr viel mehr Berechtigung kann gesagt werden, daß die Diskussion in den Gewerkschaften in Ermangelung konkreter Alternativen aus dem politischen Raum langsamer voran kommt, als dies nötig wäre. Für die Gewerkschaften jedenfalls und die Veränderung ihrer Strategie ist es kein Vorzug der sozialistischen Tendenz, daß niemand weiß, wo sie zu haben und wie konkret sie ist.

Fazit: Eine Verständigung auf ein sozialistisches Programm mit dem Schwerpunkt alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist möglich. Die Essentials eines solchen Programms, das Vorschläge zur Ausarbeitung eines alternativen Entwicklungstyps für die Gesamtgesellschaft enthält, liegen in der Option für Strukturveränderungen der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung in einem demokratischen Willensbildungsprozeß und mit Hilfe nationaler Wirtschaftsplanung, in der Soforthilfe und dem Kampf gegen soziale Marginalisierung durch einseitige Wirtschaftspolitik, in der Zurückweisung korporativer oder berufsegoistischer Lösungsvorschläge für soziale Probleme und in der Anerkennung politisch-theoretischer Pluralität aller fortschrittlichen sozialen Strömungen.

### 4.3. Linke Sammlungsbewegung

In der Bundesrepublik intensivieren die unterschiedlichen sozialistischen und kommunistischen Strömungen gegenwärtig die Diskussion über realistische Alternativen innerhalb einer antikapitalistischen Strategie. Es herrscht unter den Linken weitgehende Einigkeit darüber

- daß keine der vorhandenen linken politischen Strömungen ihr Verständnis antikapitalistischer Politik absolut setzen kann, sondern alle auf den Pluralismus verschiedener

sozialistischer und kommunistischer Tendenzen und die Verständigung untereinander angewiesen sind;

- daß jede sozialistische Politik unrealistisch und unwirksam ist, die sich nicht positiv auf die Forderungen des DGB bezieht und von sozialistischen Positionen aus die Einheitsgewerkschaft verteidigt und unterstützt;
- daß die Sozialdemokratie auch bei sich verschärfenden sozialen Antagonismen politischer Repräsentant breiterer Teile der Lohnabhängigen bleibt und als Teil der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik anerkannt werden muß;
- daß es keine sozialistische Sammlungsbewegung geben kann, die die Forderungen der Frauen- und Ökologiebewegung nicht integriert und sich abweisend oder borniert gegenüber entstandenen sozialen Bewegungen und Protestpotentialen verhält.

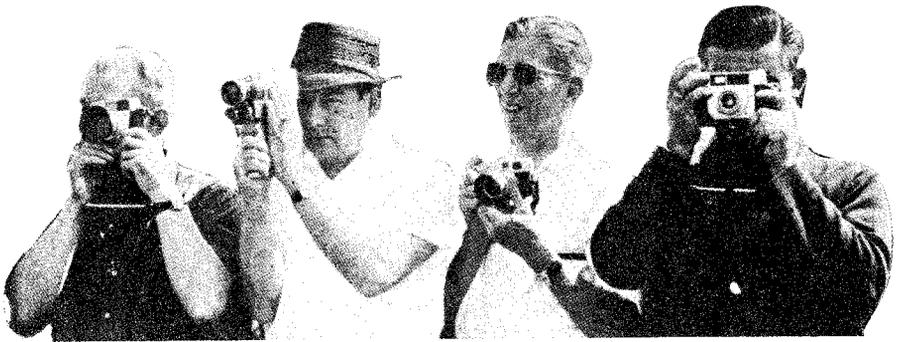
Über die Erwartungen zukünftiger konservativer oder sozialliberaler Politik angesichts der nächsten Wirtschaftskrise, über Prinzipien autonomer sozialistischer Außenpolitik und das Verhältnis zu den 'sozialistischen Ländern' sowie vor allem über Konkretionen sozialistischer Gewerkschaftspolitik ist eine Verständigung dagegen noch gar nicht recht in Gang gekommen. Ob die Anstrengungen zur Ausarbeitung eines breiten Konsens über sozialistische Alternativen auch an diesen Punkten intensiviert werden können, hängt sehr stark davon ab, daß allen beteiligten Strömungen eines deutlich bewußt wird: in der Bundesrepublik kann es durch unsere geschichtliche Entwicklung nur dann eine breite, massenwirksame antikapitalistische Strömung unter Einschluß der Sozialdemokratie als Reformpotential geben, wenn die verschiedenen sozialistischen Strömungen sich zu einer eigenständigen politischen Kraft herausbilden und damit ihre *Subordination* unter die sozialdemokratische Hegemonie und ihre *Subalternität* gegenüber konkreter bürgerlicher Politik überwinden. Die politische Selbständigkeit und Kompetenz einer sozialistischen Strömung ist hierzulande die Bedingung für eine konstruktive Auseinandersetzung um ein neues Entwicklungsmodell für unsere Gesellschaft. Wenn es unsinnig und politisch gefährlich ist, die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung dadurch zu erwarten, daß die SPD sich in einem Radikalisierungsprozeß zur mehrheitlich sozialistischen Partei verwandelt und die sozialdemokratische Strömung in der Bundesrepublik eine marginale Größe wird, dann ist auch die Erwartung uneinsichtig, die sozialistischen und kommunistischen Kräfte könnten ihren möglichen Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des politischen Kräfteverhältnisses geltend machen, ohne *tatsächlich* sich zur alternativen politischen Kraft zu entwickeln. Der politische und kulturelle Konsens, der hierfür unter den verschiedenen Strömungen und Tendenzen organisiert werden muß, sollte von einer Verständigung über alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgehen, denn eine Gesellschaftsreform ohne Wirtschaftsreform ist unmöglich.

## Anmerkungen

- 1 Zur ausführlichen Begründung der Argumentation vgl. unsere folgenden Aufsätze: Welche Chance hat die Linke? in: Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er. Herausgegeben von H. Gremliza und H. Hannover, Hamburg 1980 / Reformismus und sozialistische Umgestaltung, in: Annäherungen an den Sozialismus. Herausgegeben von J. Bischoff und J. Kreimer, Hamburg 1980 / Sozialdemokratie und Sozialismus, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 6-78, Heft 20, Hamburg.
- 2 Vgl. im folgenden: Schmollinger/Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik, in: Prokla 25 und 26 / Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Sonderheft 5 der Reihe Geschichte und Gesellschaft, Göttingen 1979 / Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977.
- 3 Vgl. H.-H. Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln/Opladen 1970.
- 3a H. Ehrenberg/A. Fuchs, Sozialstaat und Freiheit, Frankfurt M. 1980, S. 34.
- 4 Für nähere Angaben nach 1950 vgl. Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Bd. II, Berlin 1974.
- 4b vgl. ebd., S. 16-102.
- 5 Selbst die Veränderung von Grundbedürfnissen (Essen, Wohnen etc.) im Zeitablauf kann heute konstatiert werden; vgl. die entsprechenden »Jahrbücher für Demoskopie« (Allensbach) und andere einschlägige Umfragesammlungen.
- 6 Über andere Einschätzungen des »Modell Deutschland« vgl. neben den Artikeln in diesem Heft unter anderen: J. Esser, W. Fach, G. Simonis, Perspektiven des »Modell Deutschland«, in: links-Sondernummer, Mai 1980, Offenbach M. / E. Altwater, Deutschland - eine Modellskizze, in: Gremliza/Hannover (Hrsg.), Die Linke, a.a.O. / D. Albers, Anmerkungen zum »Sonderfall Deutschland«, in: Gremliza/Hannover, Die Linke, a.a.O.
- 6a Der Zeitpunkt des »Umschlags« des Akkumulationstyps wird hier nicht weiter begründet, vgl. die ausführlichere Argumentation und Darstellung offener Probleme in: SOST, Bundesrepublik: Wirtschaftskrise und sozialistische Alternativen, Hamburg 1979, S. 13-54.
- 7 Peter Glotz, sozialdemokratischer Senator für Wissenschaft und Kunst, gesteht dies in - sagen wir: verblüffender Weise ein: »Als bei diesem Tunnix-Kongreß in Berlin eine Fahne mit der Aufschrift 'Modell Deutschland' verbrannt wurde, habe ich erstmals Leute gesehen, die das ernst genommen haben, die das nicht für einen Wahlkampfslogan gehalten haben, sondern die sich wirklich damit identifizierten.« in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 6-78, Heft 20, Hamburg.
- 8 vgl. dazu auch: Altwater/Hoffmann/Semmler, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979. Ausführlichere Begründung unserer Argumentation ist zu finden in: Bundesrepublik - Wirtschaftskrise und sozialistische Alternativen, a.a.O. / SOST, Nationalkapital der BRD auf dem Weltmarkt, Arbeitsmaterialien 4, Hamburg 1979.
- 8a Darunter waren die wichtigsten in folgender Größenordnung:
 

|   |         |            |
|---|---------|------------|
| Programm Stabilitätsgerechter Aufschwung    | 1 9 7 4 | 600 Mio    |
| Stärkung von Bau- und anderen Investitionen | 1 9 7 5 | 5.750 Mio  |
| Beschäftigungspolitisches Sonderprogramm    | 1 9 7 6 | 300 Mio    |
| Förderung der Mobilität                     | 1 9 7 6 | 430 Mio    |
| Programm Zukunftsinvestitionen              | 1 9 7 7 | 16.000 Mio |
| Stützung der Bauwirtschaft                  | 1 9 7 7 | 360 Mio    |
| Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen                | 1 7 7   | 600 Mio    |
| Konjunkturprogramm                          | 1 9 7 8 | 13.000 Mio |
| Schwerpunktprogramm zur Bekämpfung der A.   | 1 9 7 9 | 500 Mio    |
| Verschiedene Progr. für Schwerbehinderte    |         | 300 Mio    |

- 9 Dies läßt sich selbst in schriftlichen Äußerungen führender und den Gewerkschaften »nahestehenden« sozialdemokratischer Repräsentanten verfolgen; vgl. z.B. F. Farthmann, Entscheidungsjahre — Leben zwischen Freiheit und Ordnung, Düsseldorf/Wien 1980.
- 10 »Meine Kritik an meiner eigenen Partei liegt darin, nicht daß wir ein programmatisches Loch haben, sondern ein Mangel an geistiger Führung. D.h. wir definieren die historische Situation nicht genau und sagen den Leuten nicht genau genug, wie eigentlich die historische Entwicklung ist.« Peter Glotz, a.a.O., S. 20.
- 11 vgl. z.B. Karl Kühne, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, No. 12/79, Köln; ähnlich die Konjunkturberichte der WSI-Mitteilungen. Vgl. auch die Prognose des Internationalen Wirtschaftsforschungsinstituts The Economic Models Group, London, DIE WELT vom 29.5.80.
- 12 Zu dieser Argumentation vgl. ausführlicher: Nicolas Sartorius, Alternative gewerkschaftliche Praxis, in: Annäherungen an den Sozialismus, a.a.O., S. 177; SOST, Sozialistische Politik im Sozialstaat, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3-80, Heft Nr. 29, Hamburg.
- 12a Zur Kritik an den Grünen vgl. ausführlicher unsere Artikel in den Heften 3-80 und 4-80 der Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus.
- 13 Vgl. Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, überarbeitete Ausgabe, in: spw-Sonderheft 2, Berlin 1980.
- 14 Wir können hier nur einige Kernpunkte benennen. Vgl. ausführlich: SOST, Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Programmatische Leitsätze und Kapitalismusanalyse der Linkssozialisten in der BRD, Hamburg 1980.
- 15 vgl. die Analyse: F. Fehér/A. Heller, Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen, Hamburg 1979.
- 16 Zur Erläuterung dieser These vgl. SOST, Thesen zum Eurokommunismus, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1-79, Heft Nr. 21, Hamburg.



SPUREN - Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft - ist ein Kulturmagazin.

Die Redakteure und Mitarbeiter stehen links, sind radikale Demokraten und unabhängige Sozialisten; sie regen sich darüber auf, daß die politischen Dinge in Deutschland wieder so festgefahren, daß Kunst und Kultur gerade noch als gesellschaftlicher Schrebergarten mit ein paar kümmerlichen Freigehegen zugelassen sind.

Wir machen unsere Zeitschrift SPUREN, um Bewegung, Unruhe, Unzufriedenheit und Mut zu wecken, wo Erstarrung, Resignation und Gleichgültigkeit drohen. Kunst, Kunsttheorie, künstlerische Kreativität, die Kultur unseres Alltags und die kulturelle Situation der Menschen in Stadt und Land - all das ist ein Politikum: nicht nur als Exerzierfeld herrschender ‚Kulturpolitik‘, sondern als Kräftefeld oft verschütteter, doch latent vorhandener politischer Phantasie, politischer Auf-sässigkeit. Umgekehrt: die Politik in unserem Lande ist ein kultureller Zustand - wie die da oben regieren und die da unten sich regieren lassen, zeigt an, wie herrlich weit wir es als Kulturmenschen gebracht haben. In Theorie & Praxis. Als Mann & Frau. In Ost & West.

SPUREN erscheint im dritten Jahrgang - alle zwei Monate mit Schwerpunkt-Themen Gesprächen, Debatten über politische, kulturpolitische und ästhetische Streitfragen, Reiseberichten, Rezensionen und theoretischen Beiträgen. SPUREN interessiert sich für Avantgardekunst und „Alternativkultur“, für die Lage der Linken in der Bundesrepublik und die Opposition in Osteuropa, für das politische Lied und das Politische in der Operette, für die Sowjetunion und für Afrika, für unsere verplanten Städte und verbauten Häuser, für den Gebrauchswert der Lyrik und für die Frage nach der Brauchbarkeit der neuen Medien...

SPUREN: 5,- DM pro Heft, 33,- DM im Jahresabo.  
Wir schicken Ihnen gern ein Probeexemplar zur Ansicht.

# SPUREN

Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

Palanter Straße 5 b, 5000 Köln 41



# DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb  
Tegeler Str. 6  
1000 Berlin 65

---

DAS  
ARGUMENT  
122

Ideologie-Diskussion: J. Bischoff,  
Projekt Ideologie-Theorie. Alternative  
Wirtschaftspolitik. Gewerkschafts-  
geschichtsschreibung. F. Deppe u.a.  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



---

Staats-/Parteitheorie Gramscis.  
Austromarxismus. Revolutionstheorie.  
Verfassungspolitik i. d. BRD.  
Albers, Altvater, Kievenheim u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

---

ARGUMENT  
SONDERBAND  
AS 51

Sozialliberalismus oder rechter  
Populismus? Kampf der Blöcke um  
Massenloyalität in Außen-, Sozial-,  
Kommunalpolitik. Strauß-Diskursanalyse.  
Korporatismus. Grüne. SPD-Linke.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)